



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalforum Alpenraum 2015:

Schutzaufgaben der Gemeinden

Bei der 3. Auflage des Kommunalforums Alpenraum im Technologiezentrum des Traktorenwerks Lindner in Kundl (Tirol) stand die Rolle der Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement auf der Agenda. Vernetzung und Wissenstransfer unter den rund 70 Teilnehmern wurden dabei groß geschrieben. Kooperationspartner waren der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Städtebund und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner.

Nach der Forums-Eröffnung durch Lindner-Geschäftsführer Hermann Lindner informierte Dr. Florian Rudolf-Miklau von der Wildbach- und Lawinenverbauung aus Wien über die Rolle der Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement. Die Wildbach- und Lawinenverbauung ist Sicherheitsdienstleister für 1.545 Gemeinden in ganz Österreich, schützt ca. 120.000 Gebäude in Gefahrenzonen und investiert jährlich bis zu 167 Mio. Euro für Wildbach- und Lawinenverbauung in 130 Schutzprojekten.

Rudolf-Miklau zufolge kommt österreichischen Gemeinden aufgrund des föderalen Staatsaufbaus und des Subsidiaritätsprinzips ei-

ne wesentliche Verantwortung bei der Katastrophenvorsorge und -bewältigung zu. Die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre hätten deutlich gezeigt, dass angesichts der enormen Schäden ein Umdenken zu einem systematischen kommunalen Katastrophenmanagement notwendig sei. In diesem Zusammenhang bezeichnete Rudolf-Miklau den Bürgermeister als „wichtigsten Naturgefahrenmanager“.

Für eine optimale Vorsorge und Bewältigung von Naturkatastrophen sind laut Rudolf-Miklau gleichzeitige drei

Vormerken!
23. April
2015



V. l.: Bürgermeister Werner Tschurtschenthaler (Innichen/Südtirol), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Geschäftsführer Hermann Lindner, Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund) und der Vorsitzende des Bezirks Oberbayern im Bayerischen Gemeindetag, Präsidiumsmitglied Josef Steigenberger. Bild: Roland Mühlanger

zuwenden, um Risiken zu senken, Schäden vorzubeugen und Haftungen zu vermeiden. Rudolf-Miklau wies darauf hin, dass die kommunale Planungsbehörde (Gemeinde) sich bei der Erstellung des Flächenwidmungsplans zwar mit dem Inhalt des Gefahrenzonenplans auseinandersetzen habe, jedoch kein gesetzlicher Zwang zur Übernahme der Gefahrenzone bestehe (Ausnahmen sind Nieder- und Oberösterreich sowie die Steiermark).

Gefahrenzonenplan

Die Rote Zone (hohe Gefährdung) habe dabei nicht automatisch ein Bauverbot zur Folge,

machte er deutlich und ergänzte: „Änderungen in den Raumordnungsgesetzen der Länder sind bereits im Laufen.“ Laut Rudolf-Miklau ist eine vom Gefahrenzonenplan abweichende Gefahreneinschätzung möglich. Eine Nichtbeachtung der Gefahrenzonen könne jedoch im Schadensfall zur Amtshaftung der Gemeinde führen.

Wie der Referent weiter ausführte, müssten darüber hinaus gesellschaftliche Konflikte im Umgang mit Gefahren und Risiken gelöst und ein Ausgleich zwischen Risikoverursachern und Risikoträgern sowie zwischen Begünstigten und Belasteten von (Fortsetzung auf Seite 4)

Lob und Kritik

Jahresbericht 2015
des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Ein positives Resümee zog der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH), Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, bei der Vorlage des neuen Jahresberichts seiner Behörde mit Blick auf den aktuellen Haushalt des Freistaats Bayern. Landtag und Staatsregierung hätten wichtige Kernforderungen des ORH umgesetzt: „Positiver Finanzierungssaldo, Begrenzung des Ausgabenanstiegs und die erstmalige Tilgung von Schulden des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB, das alles findet sich im Haushaltsgesetz 2015/2016 wieder. Damit hat der Haushaltsgesetzgeber fundamentale Anliegen des ORH aufgegriffen“, konstatierte der ORH-Präsident in München.

Allerdings mahnte Fischer-Heidlberger, bei den Ausgaben vorsichtig zu sein. „Maßstab für die Höhe der Ausgaben sollten nicht die Einnahmen, sondern die Aufgaben sein. Wir sollten uns jetzt nicht alles leisten, was wir uns dank steigender Steuereinnahmen leisten könnten. Wichtig ist nun, die Prioritäten richtig zu setzen. Ich denke dabei besonders an die Herausforderungen durch die demografische Entwicklung und den Substanzverzehr der staatlichen Infrastruktur.“

Effizienz steigern

Der Jahresbericht 2015 enthält auch kritische Anmerkungen zu

Organisation und Wirtschaftlichkeit der staatlichen Verwaltung. So wurden Fälle herausgegriffen, in denen die Steuerung, die Effektivität und die Effizienz verbessert werden können. Gefordert wird z. B. eine wirksamere Überwachung des Schwerlastverkehrs durch die Verkehrspolizei, um die Verkehrssicherheit zu verbessern, aber auch Straßenschäden zu vermeiden. Der ORH plädiert dafür, der Verkehrspolizei das geeignete „Handwerkzeug“ für eine effektive Verkehrsüberwachung zur Verfügung zu stellen. So könne sie ihre personellen Ressourcen wirksamer einsetzen.

Werden von der Verkehrspolizei Überladungen oder Verstöße gegen Sozialvorschriften oder sonstige Regelungen festgestellt, führt dies in der Regel zu Sanktionen (Fortsetzung auf Seite 4)

Kleiner CSU-Parteitag in Bamberg:

Standort- und Richtungsbestimmung

Mit ihrem Kleinen Parteitag in Bamberg hat die CSU die politischen Weichen für die kommenden Monate gestellt. Dabei reichte die Themenpalette von der weiteren Stärkung des ländlichen Raums bis zur weltweiten Entwicklungshilfe. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten den Leitanspruch „Mehr tun für Familien mit Kindern - Für eine Gesellschaft, in der Kinder willkommen sind.“ Die CSU sprach sich dabei deutlich für die geplante Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags aus.

Neben Parteichef Horst Seehofer, der in einer Grundsatzrede die Richtung vorgab, stellten Generalsekretär Andreas Scheuer und die Bundesminister Alexander Dobrindt, Gerd Müller und Christian Schmidt sowie die bayerischen Staatsminister Ilse Aigner, Joachim Herrmann und Markus Söder ihre Kerpunkte vor.

Systemwechsel

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sprach über zentrale Infrastrukturprojekte wie die Pkw-Maut: „Das ist ein echter Systemwechsel: Von Steuerfinanzierung hin zur Nutzerfinanzierung.“ Die Pkw-Maut bringe zwei Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Legislaturperiode von denen, die sich bislang nicht beteiligten.

„Energiewende und Digitalisierung sind Jahrhundertprojek-

te“, betonte Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Sie bezeichnete den Energiedialog als Erfolgskonzept. Bei den Entscheidungen in der Energiepolitik gehe es jetzt um die richtige Reihenfolge: „Als erstes geht es um Energieeffizienz, dann geht es um die Energieproduktion und danach geht es um die Frage des Energietransports“, so Aigner.

Keine Gentechnik

Bundesagrarminister Christian Schmidt bekräftigte: „Die CSU war und ist die Stimme der ländlichen Räume.“ Die von den Grünen lauthals geforderte Agrarwende sei eine politische Ersatzbefriedigung für die verlorene Energiedebatte. Außerdem, stellte Schmidt klar, gelte weiterhin: „Keine Gentechnik auf bayerischen Feldern.“ Deutschland als Wohlstands-

und Friedenszone müsse seiner Verantwortung gerecht werden, stellte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller fest. Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme leiste Bayern bereits Herausragendes. Aber das Problem könne nicht allein in Deutschland und Europa gelöst werden.

Solide Finanzen

Finanzminister Dr. Markus Söder verwies auf die hervorragende Finanzsituation des Freistaats mit dem seit Jahren ausgeglichenen Haushalt. Solide Finanzen seien schon immer ein Kernanliegen der CSU gewesen, das sie auch in Berlin durchge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 3. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim dritten Bayerischen Wasserkraft-Forum am 23. April 2015 in Landshut. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO₂-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für Besucher ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Voraussetzungen zu erfüllen: 1. Regionale (lokale) Präsenz, 2. Abgestimmtes Handeln aller Akteure nach einer bundeseinheitlichen Strategie und 3. Unmittelbare Verfügbarkeit und wirkungsorientierter Einsatz der erforderlichen Ressourcen nach den Kriterien „Effizienz“, „Risiko“ und „Chancengleichheit“. Vor allem die kommunale Ebene sei von „Aufgabenflut und Kompetenzlawine“ massiv betroffen.

Neue Herausforderungen

Als neue Herausforderungen für Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement nannte der Referent zunächst die Vermittlung von Wissen und Information über drohende Naturgefahren. Auch sei es wichtig, ein Bewusstsein für Risiken zu schaffen und Gefahrenzonenpläne an-

Neues von Sabrina



Jede Gegend hat etwas Typisches, das sich zu erhalten und zu pflegen lohnt. Der Bürgermeister des Städtchens hält alte Traditionen sehr hoch. Unverdorren bleibt dieser mit Kindergärten- und Grundschulleitern in Kontakt, um den Jüngsten alles Brauchtum mitzugeben. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunal Finanzen: Verschärfte Situation	2
Eigentumsförderung bringt Entspannung	2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Zukunftsinvestition Bildung	3
Voice over IP: Wenn die Stimme übers Internet kommt	3
Sanfter Tourismus: Daheim ist es am schönsten	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	5-7
Abfall · Recycling	8
Breitband · EDV · IT	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Entwicklung der Kommunal Finanzen:

Verschärfte Situation

Aktuelle Zahlen des Statischen Bundesamts

Als höchst kritisch bewertet der Deutsche Städte- und Gemeindebund die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Gemeindefinanzen im Jahr 2014. „Dass Städte und Gemeinden in einem grundsätzlich sehr günstigen konjunkturellen Umfeld einen negativen Finanzierungssaldo ausweisen ist alarmierend. Von der schwarzen Null wie im Bundeshaushalt können viele Bürgermeister nur träumen. Eine sehr große Zahl von Kommunen befindet sich in einer äußerst kritischen finanziellen Lage, die sich weiter verschärft“, betonte hierzu in Berlin Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB.

Nach den vorgelegten Zahlen des Statischen Bundesamts verzeichneten die Kommunen im Jahr 2014 ein bundesweites Finanzierungsdefizit von 0,7 Mrd. Euro. Damit verschlechterte sich die Finanzlage der Städte und Gemeinden gegenüber dem Jahr 2013 um insgesamt rund 2,2 Milliarden Euro. „Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb besorgniserregend, da die Kommunen in Deutschland ohnehin schon sparen und von der Substanz leben“, erklärte Landsberg. „Städte und Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Sie sparen Notgedrungen an der Zukunft.“ Daher sei der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Investitionsfonds für Kommunen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro dringend notwendig gewesen.

Für die vielerorts schwierige finanzielle Lage der Städte und Gemeinden sind aus Sicht des DStGB vor allem die ungebremst steigenden Ausgaben für soziale Leistungen ursächlich. Im Jahr 2014 gaben die Kommunen 49,7 Mrd. Euro für soziale Leistungen aus, dies entspricht einem Anstieg von 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Wir rechnen damit, dass die Ausgaben für soziale Leistungen im laufenden Jahr die Grenze von 50 Milliarden Euro durchbrechen“, prognostizierte Landsberg. Notwendig seien grundlegende Reformen, soziale Leistungen müssten auf den Prüfstand gestellt und auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Für Investitionen in die Infrastruktur vor Ort könnten Städte und Ge-

meinden hingegen lediglich 24,6 Mrd. Euro aufwenden.

Auch die derzeit stark steigende Zahl von Flüchtlingen belastet Landsberg zufolge die Kommunen in ihrer ohnehin schon schwierigen Lage. Er forderte Bund und Länder auf, Städte und Gemeinden vollumfänglich von den Kosten zu entlasten. „Vor allem mit Blick auf die Unterbringung und die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge brauchen wir dringend tragfähige Lösungen“, bemerkte das Geschäftsführende Präsidialmitglied.

Finanzieller Druck

Auch nach Einschätzung des Deutschen Städtetages belegt die aktuelle Kassenstatistik, dass die Kommunen weiterhin unter einem erheblichen finanziellen Druck stehen. Nach Auffassung des stellvertretenden Hauptgeschäftsführers Helmut Dedy „haben leider auch zu viele Städte weiterhin nicht genügend Geld für wichtige Investitionen und zu viele sind gleichzeitig von wachsenden Sozialausgaben stark belastet“. Trotz einer ruhigen konjunkturellen Lage sei der Finanzierungssaldo um 1,5 Milliarden Euro eingebrochen, unter Berücksichtigung der Extrahaushalte sogar um mehr als 2 Milliarden Euro. Als besorgniserregend wertete Dedy besonders die wachsenden Unterschiede zwischen Städten im Aufschwung und Städten mit schwieriger Finanzlage.

Laut Dedy könnten die Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg im Durchschnitt

knapp 200 bzw. knapp 100 Euro mehr je Einwohner investieren als die Kommunen im Bundesdurchschnitt - in Bayern rund 521 Euro, in Baden-Württemberg rund 421 Euro je Einwohner. Bei Kommunen in Nordrhein-Westfalen dagegen lag das Investitionsniveau um mehr als 100 Euro je Einwohner unter dem bundesweiten Durchschnitt. Hier betrug es lediglich rund 211 Euro je Einwohner.

Hohe Investitionen

Trotz der höheren Investitionen erzielten Kommunen in Bayern Überschüsse von 1,5 Milliarden Euro. Kommunen in Nordrhein-Westfalen hingegen wiesen Defizite von mehr als 1,5 Milliarden Euro auf. In Rheinland-Pfalz liegt

Bayerische Wohnungspolitik:

Eigentumsförderung bringt Entspannung

Kommunen sollen verstärkt nötiges Bauland ausweisen

Die Wohneigentumsförderung bleibt weiter fester Bestandteil der bayerischen Wohnungspolitik. Der Doppelhaushalt 2015/16 stellt insgesamt 440 Millionen Euro an Wohnraumfördermitteln zur Verfügung. Dies betonte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Eröffnung der Münchner Immobilienmesse.

Schon seit Jahren fördere der Freistaat neben dem Bau von Mietwohnungen, Studentenwohnheimen und Heimplätzen den Erwerb von Wohneigentum, erklärte der Bauminister. Dadurch werde auch ein Beitrag zur Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt geleistet. Denn beim Erwerb von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen durch Familien würden Mietwohnungen frei.

Hoher Bedarf

Nach wie vor bestehe nicht nur in München, sondern in ganz Bayern erheblicher Bedarf an neuen Wohnungen. Daher wolle man im Freistaat auf jährlich 70.000 neu gebaute Wohnungen kommen. Zur Erreichung dieses Ziels seien günstige Rahmenbedingungen notwendig, erklärte Herrmann. So würden Darlehen

Ganztagsgipfel 2015:

Bildungsgerechtigkeit in Bayern

Der Bayerische Gemeindetag begrüßte die Ergebnisse des sogenannten „Ganztagsgipfels 2015“, auf dem die Bayerische Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden die Einführung der offenen Ganztagsschule im Freistaat beschlossen hat.

„Mit dem nun gefundenen Ergebnis ist ein echter Durchbruch gelungen. Mit der Einführung der offenen Ganztagsschule werden wir dem Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu erreichen, ein Stück näher kommen. Denn jetzt stehen allen Grundschulen, die ein solches Angebot vorhalten, 28.700 Euro pro Gruppe und Jahr zur Verfügung. Das ist deutlich mehr als der Staat bisher für die Mittags- und Nachmittagsangebote in den Grundschulen zur Verfügung gestellt hat“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Bedarfsgerechte Betreuung

Er wies darauf hin, dass auch die Gemeinden und Städte in Zukunft noch stärker gefordert werden als bisher. „Der Bedarf nach Bildungs- und Betreuungsangeboten geht über die Schulzeit nach 16:00 Uhr hinaus, endet auch nicht am Freitagnachmittag zur Mittagszeit und setzt sich in den Schulferien fort. Um auch zu diesen Zeiten ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen, ha-

das kommunale Defizit bei fast 400 Millionen Euro.

Außerdem stiegen nach Dedy's Ausführungen die Sozialausgaben der Kommunen weiter an, trotz der relativ entspannten Lage auf dem Arbeitsmarkt: „Der Anstieg der Sozialausgaben in den Städten war auch im Jahr 2014 höher als der Anstieg der Ausgaben insgesamt oder auch der Anstieg der Steuereinnahmen. Besonders hohe Mehrkosten ergeben sich beispielsweise bei den Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen. Deshalb ist es für die Städte wichtig, dass das vom Bund geplante Bundesteilhabegesetz keinen weiteren Ausgabenanstieg zu Lasten der Kommunen zur Folge hat“, machte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer abschließend deutlich. **DK**

Radverkehrsförderung:

Mehr als 200 Millionen Euro für Radwege

Verkehrsminister Joachim Herrmann will Radinfrastruktur ausbauen

Als wesentliche Säule der Radverkehrsförderung gilt der Ausbau der Radinfrastruktur. Hierfür will der Freistaat bis 2019 mehr als 200 Millionen Euro investieren. Vor allem die Radwege an Bundes- und Staatsstraßen sollen ausgebaut werden. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wird das Programm für den nachträglichen Ausbau von Radwegen an Staatsstraßen fortgeschrieben. Das erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann auf der Landesversammlung des ADFC Bayern in Erlangen.

Zur Verbesserung der Infrastruktur gehört für Herrmann neben dem Radwegbau auch eine optimierte Verknüpfung des Fahrrads mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Hinsichtlich der Fahrradabstellanlagen stünde sein Ministerium gemeinsam mit dem ADFC und der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen (AGFK) bereits in Gesprächen mit der Deutschen Bahn.

Unterstützung

Man wolle die Gemeinden beim Bau solcher Anlagen unterstützen, wobei hier bereits Zuwendungen nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt würden. Die geltenden Pauschalsätze würden überprüft und ggf. an das aktuelle Kostenniveau angepasst, versicherte Herrmann. Zur speziellen Förderung des Radverkehrs könnten Rad-

schnellwege geschaffen werden, die das Radfahren auch noch attraktiver machen. Hierzu gebe es in den Metropolregionen München und Nürnberg bereits Überlegungen.

Sicherheitsprogramm

Der Minister verwies auch auf das Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil – sicher ans Ziel“, in dem der Radverkehr eine wichtige Rolle spiele. Durch Aufklärung sollen hier Radfahrer zu richtigen Verhaltensweisen animiert und die Autofahrer für eine stärkere Beachtung der Radler sensibilisiert werden. Darüber hinaus erarbeitet das Innenministerium zur besseren Wahrnehmung des Fahrrads als attraktives Verkehrsmittel derzeit einen Bayerischen Radverkehrsplan. Laut Herrmann soll er noch dieses Jahr vorgestellt werden. **rm**

3. LEW Innovationspreis

Unternehmen aus Industrie und Handwerk, Gewerbetreibende sowie Städte und Gemeinden aus der Region können sich ab sofort für den 3. LEW Innovationspreis Klima und Energie bewerben. Im Rahmen des mit insgesamt 45.000 Euro dotierten Wettbewerbs zeichnen die Lechwerke wieder Projekte aus, die nachhaltig zum Klimaschutz und zu mehr Energieeffizienz beitragen.

Die Bewerbungsfrist für den LEW Innovationspreis läuft bis zum 15. Juni. Eingereicht werden können Projekte und Maßnahmen, die

- bei den jeweiligen Betrieben oder Kommunen einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz leisten,
- bereits realisiert sind oder kurz vor dem Abschluss stehen,
- einen nachhaltigen und innovativen Ansatz verfolgen,
- und beispielgebend für andere Unternehmen oder Kommunen sein können.

Teilnahmeunterlagen, ausführliche Informationen sowie eine Übersicht der in den früheren Wettbewerben ausgezeichneten Projekte gibt es unter www.lew.de/innovationspreis

Eine hochkarätig besetzte Jury wählt die drei Siegerprojekte aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000, 15.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung findet im Herbst statt. Als Partner und Jurymitglieder unterstützen den Wettbewerb die Industrie- und Handelskammer Schwaben, die Handwerkskammer für Schwaben, die Universität sowie die Hochschule Augsburg, der Bayerische Gemeindetag und die Mediengruppe Pressedruck. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele ist Mitglied der Jury.

„Der LEW Innovationspreis ist die Auszeichnung für herausragende Projekte zu Klimaschutz und Energieeffizienz, die Unternehmen, Städte oder Gemeinden in unserer Region umgesetzt haben. Er ist auch eine Plattform, um Pioniere und deren gute Ideen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Der Funke soll auf möglichst viele andere Betriebe und Kommunen überspringen und so neue Projekte und Initiativen initiieren“, betonte Dr. Markus Litpher, Mitglied des Vorstands der Lechwerke. **□**

Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich bei den Tarifverhandlungen für die rund 800.000 Angestellten der Länder in der vierten Verhandlungsrunde geeinigt.

Die Beschäftigten erhalten rückwirkend zum 1. März 2015 2,1 Prozent mehr, im kommenden Jahr noch einmal 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro. Die Entgelte steigen damit durchschnittlich um 4,6 Prozent, in den unteren Vergütungsgruppen sogar um bis zu 6,9 Prozent. Der Tarifvertrag läuft über 24 Monate.

Voraussichtlich 650 Millionen Euro wird der Abschluss die Länder in diesem Jahr kosten, 2016 dürften es 1,5 Milliarden Euro sein

und noch mehr, wenn das Ergebnis auf die Beamten übertragen wird.

Finanzminister Markus Söder, der für den Freistaat diese Übernahme bereits angekündigt hat, betonte: „Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im öffentlichen Dienst.“ Der finanzielle Mehraufwand betrage knapp 1,25 Milliarden Euro. Das Geld sei bereits im Doppelhaushalt eingeplant.

Für die angestellten Lehrer konnte indes keine Einigung erzielt werden. Die Gewerkschaften lehnten das Angebot der Länder mit der Begründung ab, es werde die Forderung nicht erfüllt, dass die angestellten Lehrer genau so viel bekommen wie die verbeamteten. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Negele
87679 Westendorf
am 18.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Helmut Lottes
914487 Vestenbergsgreuth
am 10.4.

Bürgermeister Gerhard Strasser
94530 Auerbach
am 11.4.

Bürgermeister Martin Heinz
87749 Hawangen
am 17.4.

Bürgermeister Karl Seitle
86668 Karlshuld
am 20.4.

Bürgermeister
Max Schadenfroh
94428 Eichendorf
am 22.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Meyer
90559 Burgthann
am 3.4.

Bürgermeister
Georg Schützinger
83355 Grabenstätt
am 5.4.

Bürgermeister Xaver Fichtl
86980 Ingenried
am 8.4.

Bürgermeister Rudolf Götz
92702 Kohlberg
am 8.4.

Bürgermeister Manfred Russer
86558 Hohenwart
am 9.4.

Bürgermeister Josef Schwegler
86573 Obergriesbach
am 11.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Göbel
97783 Karsbach
am 7.4.

Bürgermeister Josef Sailer
94137 Bayerbach
am 14.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Gudrun Donaubaier
94051 Hauzenberg
am 9.4.

Bürgermeister Christian Konrad
89340 Leipzig
am 13.4.

Bürgermeisterin
Gisela Hofmann
96167 Königfeld
am 17.4.

Oberbürgermeister
Thomas Thumann
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 20.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Hoffmann
95691 Hohenberg a. d. Eger
am 2.4.

Landrat Martin Sailer
86150 Augsburg
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wenn die Stimme übers Internet kommt

Warum das alte Telekom-Festnetz schon bald Geschichte sein wird

Beim Telefonieren tut sich was. In Deutschland, wie in vielen anderen Ländern, wird die Telefonie auf das Internet Protokoll (IP) umgestellt. Mazedonien ist das erste Land in Europa, in dem die Deutsche Telekom ihr komplettes Festnetz mit IP-Technologie betreibt. Es folgen die Slowakei, Kroatien, Montenegro, Ungarn, Rumänien, Griechenland und auch Deutschland.

Die Telekom, Deutschlands größter Telekommunikationsanbieter, betreibt hierzulande rund 20 Millionen Festnetzanschlüsse. Bis 2018 sollen alle auf die neue IP-Technologie umgestellt sein. Das ist die größte technische Umstellung seit der Digitalisierung der Netze in den 1990er Jahren. Schon über fünf Millionen Telekom-Kunden nutzen die neue Technik. Dabei hat sich beim Telefonieren nichts geändert: Den Hörer abheben, die Nummer wählen, ein Gespräch führen. Das völlig Neue vollzieht sich unsichtbar und vom Kunden unbemerkt: im Netz.

Das Telefonnetz, das Public Switched Telephone Network, kurz PSTN, ist ein weltweites, komplexes System, das dem Austausch von Sprache dient und Telefongespräche, die sogenannte Telefonie, abwickelt.

Die Geschichte des Festnetzes ist bewegt. 1881 wurden die ersten Fernsprechnetze eingerichtet, vermittelt via Stöpselverbindung per Hand durch das sprichwörtliche „Fräulein vom Amt“. Es folgten einzelne Ortsnetze, ab 1923 sorgten Fernvermittlungstellen für großflächige Telefonverbindungen. Bis 1912 wurden Telefonleitungen oberirdisch erstellt, danach auch durch unterirdische Verkehrs- und Unterseekabel. 1975 wurde die Wählscheibe gegen die ersten Tastentelefone ausgetauscht. Anrufantworter, Faxgeräte, Rufnummernspeicher und Freisprecheinrichtungen erweiterten die Dienste. In den 1990er Jahren kamen die ersten Schnurlostelefone auf den Markt. Einen großen Umschwung brachte Ende der 1980er Jahre die Umstellung der bislang elektromechanischen, analogen Vermittlungstechnik auf das digitale ISDN-Netz.

ISDN war der Einstieg in das digitale Zeitalter der Telekommunikation. Erstmals wurde es möglich, mehrere Gesprächsleitungen an einem Anschluss zu betreiben und Sprache, Daten, Text und Bilder über eine Anschlussleitung digital zu übertragen. Doch der ISDN-Standard hat sich überlebt. Die aus den 1990er Jahren stammende Technik wird mit zunehmendem Alter störanfälliger und wartungsintensiver. Das neue, einheitliche und flexible IP-Netz bietet dem Kunden deutliche Vorteile.

Die neue IP-Telefonie

Heute stehen wir vor einem Schritt vergleichbarer Dimension: Das alte, leitungsgebundene analoge oder digitale ISDN-Festnetz wird es schon bald nicht mehr geben. Sein alleiniger Einsatzzweck, nämlich die Übertragung von Sprache, ist aus technischer Sicht überholt.

Bei der modernen Telefonie über das Internet-Protokoll, kurz IP, erfolgt die klassische Sprachübertragung nicht mehr leitungs- sondern paketgebunden. Die Sprache wird digitalisiert, in kleinen Datenpaketen über das Internet an den Empfänger transportiert und dort wieder als Sprache entpackt. Werden keine Telefongespräche geführt, steht die Bandbreite auch für andere Internet-Übertragungen zur Verfügung – ein entscheidender Vorteil gegenüber der alten Festnetz-Technik, bei der die Bandbreiten belegt blei-

ben, auch wenn sie gar nicht genutzt werden.

Das Netzwerk selbst sorgt dafür, dass ankommende Pakete auf kürzestem Weg weitergeleitet und dass beim Ausfall ein alternativer Weg genommen werden kann. Das bedeutet hohe Sicherheit bei der Vermittlung. Das Netz wird viel effizienter genutzt und ausgelastet, seine Verwaltung wird effektiver.

Telefonieren über das Netz

Telefonieren über das Internet ist grundsätzlich nichts Neues. Im sogenannten Voice-over-IP-Verfahren (VoIP) wird bereits mittels Datenverbindung über das Internet telefoniert, etwa über die Computersoftware Skype. Ein Ersatz für den herkömmlichen Telefonanschluss ist VoIP per PC allerdings nicht, denn sie bietet vergleichsweise geringen Komfort und Verbindungsabbrüche sind an der Tagesordnung. Zudem muss der PC ständig eingeschaltet sein und eine konstante Verbindung zum Internet bestehen.

Das ist beim Telefonieren über das Internet Protokoll ganz anders: Die Gesprächsverbindungen über IP erfolgen in hervorragender Sprachqualität und dem Kunden stehen alle Bequemlichkeiten moderner Telefon-Features zur Verfügung. Zudem kann jeder Anschluss ohne zu-

sätzliche Kosten zwei Sprachkanäle nutzen und erhält mindestens drei Rufnummern. Festnetz-Anrufe können auch über das Smartphone angenommen werden und die Zeiten, in denen Telefonkabel durch das Haus gezogen werden mussten, um auch im Keller oder auf dem Dachboden erreichbar zu sein, sind endgültig Vergangenheit.

Für den Nutzer eröffnen sich zahlreiche neue Möglichkeiten: So kann über das IP-Netz etwa die gesamte Haustechnik gesteuert werden.

Volle Kontrolle

Mit der IP-Telefonie erhält der Kunde zudem volle Kontrolle über seinen Anschluss: Viele Einstellungen, wie Rufweiterleitungen, Parallelrufe auf mehreren Anschlüssen oder Rufsperrungen können selber vorgenommen werden. Die Umstellung zur IP-Telefonie stellt darüber hinaus die Voraussetzung für den Internet-Beschleuniger Vectoring dar, mit dem viele Nutzer Geschwindigkeit im Internet gewinnen.

Für den Kunden ist die neue Technik daran erkennbar, dass das Telefon nicht mehr mit der Telefondose an der Wand, der ISDN Box oder dem Splitter verbunden wird, sondern direkt mit dem Router.

Für den Festnetzbetreiber Deutsche Telekom ist IP-Telefonie ein wichtiger Baustein auf dem Weg hin zu einem leistungsstarken, integrierten IP-Netz der Zukunft, in dem alle bestehenden Telekommunikationsnetze zusammengeführt werden. Durch die intelligente Verknüpfung der Netze mit-

„Frühjahrsputz“ im Bundeshaushalt

Bund der Steuerzahler nimmt Ausgaben kritisch unter die Lupe
30 exemplarische Fälle belegen überflüssige Förderungen

Auch in Zeiten der Schwarzen Null drängt der Bund der Steuerzahler (BdSt) auf strukturelle Einsparungen im Bundeshaushalt. Da der Bund über Rekordsteuereinnahmen verfügt und die Zinsausgaben weiter sinken, entstehen im Haushalt enorme finanzielle Ressourcen, die jetzt genutzt werden sollten. „Die Haushalts- und Konsolidierungspolitik der großen Koalition darf bei der Schwarzen Null nicht stehen bleiben. Die Regierung muss endlich die Altschulden bekämpfen, die Bürger von der ungerechten kalten Progression befreien und den Solidaritätszuschlag abbauen“, fordert BdSt-Präsident Reiner Holzengel.

„Stattdessen verfangen sich die Ministerien in Klientelpolitik. Steuereinnahmen werden für überflüssige Ausgaben genutzt.“ Diese Ausgabenflut hat der BdSt anhand 30 ausgewählter Fälle für seine „Aktion Frühjahrsputz 2015“ kritisch aufgearbeitet.

Einsparungen möglich

Mit diesen konkret benannten Haushaltstiteln und Subventionsfällen über alle Ministerien hinweg zeigt der Verband auf, in welchen Bereichen übermäßig viel Geld ausgegeben wird. Die Beispiele belegen, dass Einsparungen auch außerhalb großer politischer Entscheidungen möglich sind. Hier muss der Rotstift angesetzt werden, damit der Bund auch mehr Steuermittel für sinnvolle Investitionen zum Beispiel in die Verkehrsinfrastruktur einsetzen kann. „Die große Koalition darf sich nicht länger in kaum zählbaren Förderungen verstricken“, warnt der BdSt-Präsident.

Hier setzt die „Aktion Frühjahrsputz“ an, die den Haushaltspolitikern Einsparpotenziale an-

die Hand gibt. „Mit unseren Vorschlägen lassen sich insgesamt 19,6 Milliarden Euro einsparen.“

Private Entsorger demonstrieren in Bamberg:

Mittelstand erhalten - Verstaatlichung stoppen

Anlässlich des Kleinen Parteitags der CSU in der Kongresshalle in Bamberg demonstrieren die Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) gegen den Trend zur Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr.

Rekommunalisierung, also die Rückführung zuvor privatisierter öffentlich-rechtlicher Aufgaben in kommunale Trägerschaft, bedroht im Fall der privaten Abfallwirtschaft nicht nur die Existenz vieler kleiner und mittelständischer Betriebe, sondern laut VBS auch den Geldbeutel der bayerischen Bürger.

Flächenbrand

Immer mehr Kommunen gehen diesen Weg. Aus Einzelfällen ist mittlerweile ein Flächen-

Liebe Leserinnen und Leser,

Bildung findet vor Ort statt - in den Lebensräumen der Menschen. Deshalb begrüße ich die Initiative des Bayerischen Kultusministeriums zur Entwicklung von „Bildungsregionen in Bayern“. Hier werden wichtige Weichenstellungen vorgenommen, denn das Gut Bildung ist zu wertvoll, um es dem Prinzip von Versuch und Irrtum zu überlassen.

Bildung muss nicht nur stattfinden, sondern auch transparent sein. Damit meine ich Eltern, Lernende und Lehrende, Schulaufsicht, Kommunen, Bildungsberatung sowie Schulpolitik. Man stelle sich vor: Es gibt Bildungsangebote und keiner weiß es. Oder mit den

Zukunftsinvestition Bildung

Worten des Hirnforschers Gerald Hüther: „Bildung kann man nicht machen, man kann nur Gelegenheiten schaffen, dass sie gelingen kann.“

Die Rosenheimer Bildungslandschaft verfügt über eine Vielzahl vorbildhafter Fachkonzepte in den Bereichen der Elementarpädagogik, der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, der Senioren- und der beruflichen Bildung sowie im Bereich unserer vielfältigen Schullandschaft.

Besonderes Augenmerk muss auch den zahlreichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelten, die unsere Unterstützung ganz besonders brauchen. Gelingende Integration braucht Zuwendung und Bildung gleichermaßen.

Als Bildungsregion setzen wir in Rosenheim auf die Bereiche Begabungsförderung und Stärkenorientierung als sehr konkrete und zugleich visionäre fachliche Schwerpunkte.



Unser Modellprojekt FitZ „Fit in die Zukunft - Begabungen erkennen und fördern“, gemeinsam mit der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim, gilt als Vorreiter und Leuchtturmprojekt in der einrichtungsbezogenen individuellen Begabungsförderung. Bildung benötigt bedarfsgerechte Planung, die nur erfolgen kann, wenn den individuellen Begebenheiten vor Ort Rechnung getragen wird.

Die Projekte KOMPIK und KECK am bayerweit einzigen Modellstandort Rosenheim in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung dienen dazu, Transparenz über ausgewählte Indikatoren und die persönliche und (vor-)schulische Entwicklung der Kinder im Sozialraum herzustellen. Die Kompetenzen und Interessen von Kindern werden gesamtstädtisch in allen Kindertageseinrichtungen durch KOMPIK beobachtet, dokumentiert und anonymisiert im Sozialdatenatlas KECK räumlich dargestellt.

Erst die Diskussion der Ergebnisse ermöglicht eine qualifizierte Planung, welche kommunalen Handlungsfelder vorrangig sind, um Bildungs- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern und so die Ressourcen zielgerichtet und effektiv einsetzen zu können.

Rosenheim hat bereits 2002 den Weg der sozialraumorientierten Jugendhilfe sehr erfolgreich beschritten. Ein wichtiges Ziel ist, Jugendhilfe und Schule noch stärker zu verzahnen. Wir streben einen Zusammenschluss an zwischen allen Kräften der Jugendhilfe, des Bildungsbereichs und der sozialen Landschaft - ausgerichtet an den Interessen aller Bürger, im gemeinsamen Schulterschluss. Denn ich bin davon überzeugt, dass unsere Investitionen in das Gut Bildung entscheidend sind für die Zukunftschancen zukünftiger Generationen.

Ihre Gabriele Bauer
stv. KP-V-Landesvorsitzende

einander erhalten die Kunden immer die beste Verbindung, ob privat und beruflich, zuhause und unterwegs – nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft. □

ministerien rufen große Mitnahmeeffekte hervor und führen zu Wettbewerbsverzerrungen. Bei seinen Prüfungen hat der Bund der Steuerzahler festgestellt, dass auch finanzkräftige Firmen mit Steuergeld subventioniert werden.

Mentalitätswechsel

„Die Bundespolitik braucht dringend einen Mentalitätswechsel“, fordert Holzengel. „Wer auf

einem Schuldenberg von mehr als 1.000 Milliarden Euro sitzt, kann sich mit der Schwarzen Null nicht zufrieden geben. Wenn es darum geht, die Schuldenbremse langfristig einzuhalten, darf es keine Tabu-Themen geben. Wir brauchen eine nachhaltige Haushaltspolitik und keine Effekthascherei!“

Der BdSt veröffentlicht seine „Frühjahrsputz“-Fälle auf der Internetseite www.steuerzahler.de und auf facebook. □

Sanfter Tourismus:

Daheim ist es am schönsten

Der ländliche Raum ist eine Oase der Naherholung und bietet auch in den Osterferien vielfältige Ausflugsmöglichkeiten. Das bekräftigte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf zum Beginn der Osterferien in Bayern: „Sanfter Tourismus ist ein Motor der Regionalentwicklung. Bayern ist ein einzigartiges Ökoreiseziel mit vielfältigen Ausflugsmöglichkeiten. Ferien vor der Haustüre sind ein Erlebnis. Der bayerische Naturatlas vernetzt die Schutzgebiete in Bayern und dient als Ökoreiseführer“, so Scharf.

Sanfter Tourismus kann auch den Naturschutz vor Ort stärken. Denn eine intakte Natur und eine prächtige erlebbare Artenvielfalt sind wichtige Argumente für den Besuch einer Region. Allein die beiden bayerischen Nationalparks ziehen jährlich rund 2 Millionen Gäste an und sorgen für eine zusätzliche regionale Wertschöpfung von rund 36 Millionen Euro im Jahr.

Umweltbildung

Rund um Ostern locken verschiedene Umweltbildungsangebote Besucher mit speziellen Veranstaltungen. Beispielsweise bietet das Bionicum Besucherzentrum im Naturkundehaus des Tiergartens Nürnberg eine kindgerechte Schnitzeljagd durch die Ausstellung und Stationen des bionischen Rundgangs im Tiergartengelände an. Dabei werden spannende sowie wissenschaftliche Informationen rund um die Bionik auf spielerische Art erforscht. In der Bionik dreht sich alles um

das Lernen von der Natur für die Technik. Im Innemuseum in Rosenheim findet vom 11. April bis 10. Mai an den Wochenenden eine Sonderausstellung „Klima Faktor Mensch“ statt, die Fragen rund um den Klimawandel thematisiert. Entlang der Ilz lädt ein Lehrpfad auf über 70 km Länge mit Informationstafeln zu Geologie und Wasser zum Wandern ein. Die gesamte Strecke im südlichen Bayerischen Wald liegt in einem Landschaftsschutzgebiet. In der Fränkischen Schweiz im Landkreis Forchheim bietet das Naturdenkmal Sinterstufen im Lillachtal ein landschaftliches Kleinod mit über 120 Schmetterlingsarten und vielen seltenen Käfern. Traditionell werden zahlreiche Dorfbrunnen in der Fränkischen Schweiz über die Feiertage österrlich geschmückt.

Eine Bayernkarte mit allen Schutzgebieten und Hinweisen zur Freizeitgestaltung in Bayerns Natur sind verfügbar unter www.natur.bayern.de □



VBS-Demo beim Kleinen CSU-Parteitag in Bamberg.

Mittelstand ...

(Fortsetzung von Seite 3)

millabfuhr ist Aufgabe der Kommunen. Diese haben die Wahl, die Abfälle entweder über einen kommunalen Eigenbetrieb oder über einen beauftragten Dritten einsammeln zu lassen. Bislang war die Situation in Bayern so, dass in Großstädten meist kommunale Eigenbetriebe und in ländlich strukturierten Gebieten private Entsorgungsunternehmen die Abfallsammlung durchführten. Seit mehreren Jahren werden diese jedoch verstärkt rekommunalisiert. Zuletzt hatte der ZAW Donau-Wald die

Rekommunalisierung seines gesamten Zweckverbandsgebietes ab dem Jahr 2016 beschlossen. Die aktuelle Rekommunalisierungswelle hat existenzgefährdende Auswirkungen – insbesondere auf die vielen kleinen und mittleren Entsorgungsunternehmen.

Dieser Rückschritt – hin zu mehr Staatswirtschaft – ist aus Sicht des VBS nicht zielführend. Vielmehr hat der Bürger Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Gebühren ein optimales Preis-Leistungsverhältnis geboten wird. VBS-Präsi-

dent Otto Heinz: „Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, wieso die Öffentliche Hand die Leerung der Mülltonnen selbst übernimmt. Private Entsorgungsunternehmen beweisen seit Jahren, dass sie das besser und effektiver können.“ In den zurückliegenden Monaten hatten auch die Monopolkommision, das Bundeskartellamt und der Bund der Steuerzahler eindringlich vor den negativen Auswirkungen kommunaler Wirtschaftstätigkeit gewarnt.

Bürger sehen Rekommunalisierung kritisch

Laut einer bayernweit repräsentativen Emnid-Umfrage sehen auch die Bürger den Rekommunalisierungstrend in der Abfallwirtschaft kritisch: 65 % der Befragten befürchten hierdurch eher steigende Gebühren. Zudem sind 67 % der Bayern „sehr zufrieden“ und 30 % „eher zufrieden“ mit der Qualität der Dienstleistung ihres Entsorgungsunternehmens. Hierzu Otto Heinz: „Diese Zahlen belegen, dass die mittelständisch geprägte Entsorgungswirtschaft in Bayern ein starker und zuverlässiger Partner für Kommunen und Bürger ist.“

Lob und Kritik...

(Fortsetzung von Seite 1)

Geldbußen gegen die Fahrer treffen aber häufig nicht die eigentlich verantwortlichen Transportunternehmer. Der ORH rät deshalb dazu, häufiger bei den Verantwortlichen die aus dem Verstoß erlangten Vermögensvorteile abzuschöpfen. In Bayern wurden 2012 auf dieser Grundlage rund 370.000 Euro eingekommen, in Baden-Württemberg waren es zum Vergleich jedoch rund 5 Mio. Euro. Weitere Vorschläge des ORH, um die Verkehrspolizei wirksamer und gleichzeitig effizienter zu machen, betreffen die Personalverteilung anhand aktueller Belastungszahlen und die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Darüber hinaus fordert der ORH die Fortführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei der Bayerischen Schlösserverwaltung, damit die Abläufe transparenter und wirtschaftlicher werden und die Steuerung verbessert werden kann. Bis heute könne die Bayerische Schlösserverwaltung keine Aussagen zur Wirtschaftlichkeit ihres Betriebs machen. Noch immer fehlten zuverlässige Informationen über Kosten und Leistungen. Dies gelte auch für die Nutzung von Gebäuden. Zudem, so Fischer-Heidberger, sei die Hopfenzüchtung und -forschung als staatliche Aufgabe zu hinterfragen.

„Etwa 40 Prozent der Ausgaben sind Personalausgaben. Daher versteht es sich von selbst, dass der ORH dieses Thema stets aufmerksam beobachtet“, fuhr der ORH-Präsident fort. Von 2008 bis 2013 habe sich die Zahl der Stellen um über 19.000 auf nun rund 282.000 Stellen erhöht. Dieser Anstieg sei zum größten Teil auf politische Schwerpunktsetzungen im Bereich Schulen, Hochschulen und Polizei zurückzuführen. Für einen kleinen Teil sei sogar der ORH mitverantwortlich, denn er habe immer wieder zusätzliche Stellen für die Finanzämter gefordert. Fischer-Heidberger: „Insgesamt sieht der ORH die Stellenentwicklung aber mit Sorge. Die zusätzlichen Stellen führen zu langfristig wirkenden Steigerungen bei den Personal- und Versorgungsausgaben. Deshalb erwarten wir den Versorgungsbericht der Staatsregierung mit großer Spannung.“

Neben dem Umstand, dass es zwischen den von Arbeitgebern beim Finanzamt angemeldeten Lohnsteuern und den ihren Arbeitnehmern bescheinigten Betr-

gen Differenzen gibt und die derzeitige Bearbeitung dieser Fälle völlig unzureichend ist, was zu Steuerausfällen in Millionenhöhe führen kann, bereitet dem ORH rät deshalb dazu, häufiger bei den Verantwortlichen die aus dem Verstoß erlangten Vermögensvorteile abzuschöpfen. In Bayern wurden 2012 auf dieser Grundlage rund 370.000 Euro eingekommen, in Baden-Württemberg waren es zum Vergleich jedoch rund 5 Mio. Euro. Weitere Vorschläge des ORH, um die Verkehrspolizei wirksamer und gleichzeitig effizienter zu machen, betreffen die Personalverteilung anhand aktueller Belastungszahlen und die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Als „unzureichend“ wird auch die Organisation und Personalwirtschaft bei der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) in Dillingen erachtet. Laut ORH hatte die Akademieleitung keinen Überblick über den Einsatz ihrer Dozenten. Die hauptamtlichen Dozenten an der Akademie hielten selbst kaum Seminarstunden ab. Gleichzeitig wurden „großzügige“, zum Teil rechtswidrige Regelungen zur Arbeitszeit erlassen und Arbeitszeiten ohne nähere Begründung anerkannt. Der ORH fordert ein professionelles Planungs-, Steuerungs- und Dokumentationssystem für den Seminarbetrieb. Die Regelungen zur Arbeitszeit und die Arbeitszeitkonten seien schnellstmöglich zu korrigieren. Das Ministerium müsse sicherstellen, dass die organisatorischen Defizite bei der ALP beseitigt werden.

Kopfzerbrechen bereitet dem Bayerischen Obersten Rechnungshof auch das Deutsche Herz-Zentrum München (DHM). Die vom Freistaat getragene Klinik kämpft seit Jahren mit einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung. Sinkende Fallzahlen und verminderte Einnahmen durch die Vergütung nach diagnosebezogenen Fallgruppen drücken die Erlöse, mit weiteren Erlöseinbußen ist in den nächsten Jahren zu rechnen. Verbesserungen auf der Kostenseite sind demgegenüber nicht in Sicht. Während die Klinik 2007 noch fast 11 Mio. Euro von ihrem Jahresüberschuss an ihren Eigentümer, den Freistaat, abführte, fiel 2013 die Zahlung zum zweiten Mal komplett aus. Der ORH befürchtet, dass aus dem Staatshaushalt dauerhaft Zuschüsse für Forschung und Lehre geleistet werden müssen, ohne einen Ausgleich aus Be-

triebsüberschüssen zu erhalten.

Plädiert wird deshalb für den Ausbau der Kooperation mit dem Klinikum rechts der Isar (MRI). Synergien in Forschung und Lehre, aber vor allem in der Verwaltung und Infrastruktur, sollten konsequent genutzt werden. Vor diesem Hintergrund sei die 2012 getroffene Entscheidung, die bisher bestehende Personalunion bei der Leitung der Kardiologie an DHM und MRI aufzugeben, geradezu kontraproduktiv gewesen, so der Oberste Rechnungshof. Zukünftig sollten Doppelstrukturen möglichst vermieden werden. Die seit Jahren stagnierende Kooperation der beiden Kliniken müsse nun endlich mittels konkreter Maßnahmen vorangebracht werden.

Anlass zur Kritik bietet außerdem der Neubau des Museums Brandhorst, dessen Fassade 36.000 farbige Keramikstäbe schmücken. Doch hinter der Fassade ist nicht alles top: Der ORH fand eine nicht richtig funktionierende Tageslichtsteuerung, viele Baumängel und stellte einen erhöhten Energieverbrauch fest. Auch fünf Jahre nach der Eröffnung seien die Mängel noch nicht behoben, wird moniert.

Ein weiteres Anliegen des ORH lautet: „Förderung von Kindertagesstätten vereinfachen!“ Das bisherige Antragsverfahren verursache bei den Kindertagesstätten, kommunalen und staatlichen Behörden einen großen Verwaltungsaufwand. Dies betreffe insbesondere Kindertagesstätten mit Kindern aus verschiedenen Gemeinden. Der ORH schlägt eine Bündelung des Antragsverfahrens vor, auch um das pädagogische Fachpersonal von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten und Zeit für die Kinderbetreuung zu gewinnen.

Der neue Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ist in der Staatsregierung mit Genugtuung aufgenommen worden. Sowohl Ministerpräsident Horst Seehofer als auch Finanzminister Markus Söder zeigten sich „sehr zufrieden“. Der ORH selbst habe positiv hervorgehoben, dass die Staatsregierung kritische Anmerkungen der Kasernenprüfer aus den vergangenen Jahren aufgegriffen habe, erklärte Seehofer. Und natürlich werde es wohl immer Bereiche geben, bei denen man sich noch verbessern könne. So würden erhoffte Einsparungen beim Länderfinanzausgleich in die Schuldentilgung gesteckt. **DK**

Standort..

(Fortsetzung von Seite 1)

setzt habe. Der Staat müsse endlich lernen mit dem Geld auszukommen, das ihm zur Verfügung steht. „Deshalb wehren wir uns gegen jegliche Form von Steuererhöhungen“, unterstrich Söder und ergänzte: „Wir werden die Abschaffung der kalten Progression nachhaltig voranbringen und wir wollen nicht zulassen, dass bei der Erbschaftsteuer durch die Hintertür massive Belastungen entstehen.“

Söder zufolge ist der ländliche Raum die Seele Bayerns, den die CSU mit der Heimatstrategie für die Zukunft machen möchte. Dazu gehöre die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs zugunsten strukturschwacher Kommunen, der Breitbandausbau und die Behördenverlagerung mit über 2.000 Mitarbei-

tern und 900 Studenten als größtes Infrastrukturprojekt der bayerischen Geschichte.

„In Bayern leben heißt sicherer leben“, machte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann deutlich. Er verwies auf die aktuelle Kriminalitätsstatistik: Auch im vergangenen Jahr sei Bayern das Land mit der niedrigsten Kriminalitäts- und höchsten Aufklärungsquote gewesen.

Die Koalition mit den Bürgern, das Einhalten von Wahlversprechen und „Bayern zuerst“ – dies seien die Bedingungen für den politischen Erfolg, hob Parteivorsitzender Horst Seehofer hervor. Die Bevölkerung müsse immer die Gewissheit haben, dass die CSU sie höre. Das kluge Bemühen um das Gemeinwohl müsse im Zentrum der Politik stehen. Seehofer

lobte den Energiedialog von Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und die Heimatstrategie von Finanzminister Markus Söder als gelungene Beispiele für dieses Prinzip.

Die derzeitigen Berliner Pläne zur Erbschaftsteuer lehnte der CSU-Chef ab. Beim Länderfinanzausgleich betonte Seehofer die bayerische Forderung nach einer Entlastung des Freistaats. „Ich werde nicht unterschreiben, was Bayern nicht mindestens um eine Milliarde entlastet und die Dynamik aus dem Länderfinanzausgleich hinausnimmt.“ Bei der ebenfalls umstrittenen Energiewende kündigte er an, bis zum Gespräch der Parteivorsitzenden der großen Koalition im Juni eine Gesamtschau aus bayerischer Sicht vorzulegen. Darin werde er auch die Ergebnisse des Energiedialogs einfließen lassen, den die Bayerische Staatsregierung zum umstrittenen Bau von Stromtrassen geführt hat. **DK**

Schutzaufgaben der..

(Fortsetzung von Seite 1)

Schutzmaßnahmen geschaffen werden (Risiko Governance). Beispiele für Interessenskonflikte sind nach Rudolf-Miklaus Darstellung u. a.:

- Gemeinde trägt den Großteil der Kosten des Hochwasserschutzes auf ihrem Gebiet, andere Gemeinde ist Nutznießer des Hochwasserrückhalts ohne eigenen Beitrag.
- Oberliegengemeinde stellt Hochwasserschutz her und nimmt Retentionsraum weg. Unterliegengemeinde hat den Nachteil häufigerer Überflutungen.
- Zielkonflikt Verfügbarkeit von Bauland versus Beschränkungen der Baulandnutzung bzw. freien Nutzbarkeit privater Liegenschaften durch Gefahrenzonen.
- Absiedelung extrem gefährdeter Siedlungen oder Gebäude.

Die Bedeutung des Flussraumes geht in einer Gebirgsregion wie Südtirol weit über die ökologische Dimension hinaus. Flusstäler bilden den Lebensraum für den Großteil der Bevölkerung und sind zugleich die Zentren der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Daran lässt sich nach den Worten von Werner Tschurtschenthaler, Bürgermeister der Südtiroler Marktgemeinde Innichen, gut erkennen, wie wichtig es ist, die Zukunft von Flussräumen gemeinsam mit den Interessengruppen und den Bürgern weiter zu entwickeln.

Tschurtschenthaler stellte die nachhaltige Flussraumentwicklung am Beispiel der Drau vor. Dem Nebenfluss der Donau wurden auf einer ohnehin schon sehr kurzen Fläche durch Begradigungen und Verbauungen drei von 13 Kilometern genommen. Nun sollen ein Umgehungsstollen und große Freiflächen die Gemeinde Innichen vor Hochwasser schützen. Für diese Maßnahmen braucht es Grundstücke, daher befindet man sich derzeit im intensiven Dialog mit den Grundeigentümern, berichtete der Bürgermeister.

Im 2014 beendeten Projekt „SEE (South-East Europe)-River“ wurden Tschurtschenthaler zufolge Maßnahmen zum Hochwasserschutz analysiert und verglichen. Dabei sei die Einbindung von Betroffenen ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Projekt SEE-River; Maßnahmen mit lokalem Know-how könnten optimiert und mögliche Sorgen oder Vorbehalte der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Um einen dauerhaften Interessensausgleich zu schaffen und das Einzugsgebiet der Drau auch für künftige Generationen zu einem sicheren, ökologisch wertvollen und touristisch attraktiven Lebensraum zu entwickeln, wurde bereits im Vorgängerprojekt ProDrau, das über das operationelle Programm „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ des Europäischen Fond für regionale Entwicklung EFRE 2007-2013

finanziert wurde, eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Bürgermeister, Feuerwehr, Bauernbund und den zuständigen Landesämtern ins Leben gerufen. Dieses Gremium habe sich bewährt, weil sehr konstruktive Diskussionen geführt und Kompromisse erarbeitet werden. Zwischen 2009 und 2011 seien in Innichen Analysen mit konkreten Anforderungen von Bevölkerung, Umwelt, Interessengemeinschaften und der Tourismus- und Landwirtschaft vereinigt und in einem Einzugsgebietsplan zusammengefasst worden.

Effizienzpotenziale

An insgesamt fünf Thementischen wurde im Anschluss über die „Rolle der Gefahrenzonenpläne für Gemeinden“, „Länderübergreifenden Hochwasserschutz“, „Umgang mit gravitativen Naturgefahren in der Gemeinde“, „Effizienzpotenziale im Feuerwehrbereich“ und „Potenziale von Schutzmaßnahmen als Chance innerhalb eines Gemeindeentwicklungsprozesses erkennen und aktiv bearbeiten“ diskutiert.

Für Siegfried Sauermoser, Leiter der Wildbach- und Lawinenverbauung (Sektion Tirol), sind Gefahrenzonenpläne generell „eine Chance“ für die Raumplanung. Denkbar seien ein landesweites Einzugsmanagement und die landesweite Besichtigung möglicher Retentionsflächen.

Wie Walter Peer, Communalp GmbH (Innsbruck), ausführte, gelte für jedes Projekt, wie groß oder klein es auch immer sein mag: Nur professionell geplante und begleitete Vorhaben können sinn- und qualitativ umgesetzt werden. Das bedeute vor allem auch, jedes Projekt im Gesamtzusammenhang der Gemeinde und der Region zu betrachten, Kritiker einzubinden und tragfähige Kompromisse zu finden. Communalp sei der starke Partner, der Gemeinden ermächtigt, ihre eigenen Stärken zu erkennen und auszubauen.

Im Rahmen eines Gemeindeentwicklungsprozesses könnten Schutzmaßnahmen aktiv angegangen werden. Erfolge dies bereits vor Erstellung der Gefahrenzonenpläne, seien frühzeitig Lösungen mit der Bevölkerung zu erarbeiten. Damit gingen entscheidende Vorteile wie Bürgerakzeptanz, Synergieeffekte sowie eine langfristig und zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung einher. Das Thema Schutzmaßnahmen sei übergreifend und berühre alle acht Daseinsgrundfunktionen - von Arbeiten bis Wohnen. Es spiele praktisch in allen Lebens- und Arbeitsbereichen eine Rolle, machte Peer deutlich.

Den Abschluss der grenzüberschreitenden Veranstaltung bildete eine Talkrunde mit Helmut Mödlhammer (Präsident Öster-

reichischer Gemeindebund), Ernst Schöpf (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Christoph Kaufmann (Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck) und Erster Bürgermeister Josef Steigenberger, Bernried (Bayern).

Für regionale Strukturen im Gefahrenmanagement plädierte Helmut Mödlhammer, Präsident Österreichischer Gemeindebund. Vor Ort würden Leute benötigt, die die Gefahrensituation beurteilen können und als Ansprechpartner sofort greifbar sind.

Im Hochwasserschutz sind nach Mödlhammers Dafürhalten nicht nur Gefahrenzonenpläne, sondern mehr Rückhalteräume erforderlich. Grundsätzlich löse ein Plan noch keine Probleme, sondern sei nur ein Instrument. Der Präsident forderte österreichweit einheitliche „Rechtsgrundlagen“, was beispielsweise in einer roten Zone gebaut werden darf und was nicht. An die Eigenverantwortung der Haus- und Grundbesitzer gerichtet, meinte Mödlhammer: „Nicht alles kann von oben verordnet werden. Wenn wir nicht alle gemeinsam an einem Strang ziehen, werden wir derartig große Herausforderungen letztlich nicht schaffen.“

Laut Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband) besteht in den Südtiroler Gemeinden bereits seit 1997 eine Gefahrenzonenplan-Durchführungsverordnung. 2008 hätten alle Gemeinden mit diesen Plänen ausgestattet sein sollen. 2012 wurde dieser Termin bis Ende 2015 verlängert. „Auch dieses Datum wird wohl nicht zu halten sein“, vermutete Schatzer, da eine Prüfung noch nicht erfolgt sei.

Josef Steigenberger, Bernrieds Erster Bürgermeister und Bezirksvorsitzender des Gemeindetags Oberbayern, verwies auf Maßnahmenpläne, die in Bayern gemeinsam mit den zuständigen Wasserwirtschaftsämtern erstellt worden seien. Als problematisch wertete Steigenberger den Umstand, dass die Erinnerung der Bevölkerung an Naturkatastrophen in der Regel rasch abnehme, weshalb es erforderlich sei, „erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten“. Die Kenntnis der gefährdeten Bereiche sei eine Voraussetzung, um die eigene Bedrohung erkennen zu können. Das Wissen über Entstehungsprozesse bzw. Ursachenzuschreibungen und das Wissen über Vorsorgemaßnahmen sei meist sehr gering ausgeprägt und das Risiko für Laien nur begrenzt fassbar.

Da die Planungshoheit in einigen Bereichen doch stark eingeschränkt werde – Beispiel Landschaftsschutzgebiet – stießen die Gemeinden doch mitunter erheblich an ihre Grenzen, fuhr Steigenberger fort: „Dies ist ein echtes Dilemma. Von Flächenabdeckung sind wir noch ein großes Stück entfernt.“ **DK**

Multicar M31 mit Aufsatzkehrmaschine:

Profi-Kehrmaschine und mehr

Eine Profi-Kehrmaschine kann ein Spezialist sein. Sie kann aber auch viel mehr sein: nämlich ein multifunktionales Fahrzeug mit hoch spezialisierten Fähigkeiten – wie der Multicar M31 H.

Der kompakte Geräteträger Multicar M31 H ist ein multifunktionaler Profi-Geräteträger aus dem Hause Hako. Mit über 300 An- und Aufbaugeräten, die der Markt für dieses Fahrzeug bietet, wird er jederzeit und ganz flexibel zum Spezialisten für die unterschiedlichsten Arbeiten.

Mit der Aufsatzkehrmaschine MCK2 von Trilety zum Beispiel verwandelt er sich innerhalb von nur 30 Minuten in eine kommunale Kehrmaschine. Die Wechsellkehrmaschine wird als kompletter Aufbau direkt auf das Fahrzeug aufgesetzt und an dessen leistungsfähige 3-Kreis-Hydraulik angeschlossen. Sie besteht aus einem Kehr-Saugaggregat und einem Schmutzfangbehälter inklusive separatem Wassertank. Das Kehr-Saugaggregat wiederum besteht aus drei Elementen: einem Tellerbesen, der an der rechten Fahrzeugseite zwischen den zwei Achsen montiert ist, einem Zubringer-Walzenbesen unter dem Fahrzeug und einer Saughaube. Mit dem optionalen Frontbesen hat die Kehrmaschine eine Arbeitsbreite von 2,5 Metern.

Eine zuverlässige Direktaufnahme ist das eine – Kehren auf beengtem Raum das andere. Der Multicar M31 ist durch seinen kompakten Radstand sehr wen-

dig und damit für den kommunalen Raum prädestiniert. Dank einer Breite von nur 1,62 Metern meistert er auch enge und schwer zugängliche Bereiche, wie Fußgängerzonen, Unterführungen, Rad- oder Fußwege.

Durch seinen hydrostatischen Fahrantrieb lassen sich die Geschwindigkeitsbereiche stufenlos dosieren. So ist feinfühliges und exaktes Manövrieren auch im belebtem Umfeld einfach und sicher möglich.

Sicherheit wird sowohl bei diesem Fahrzeug auf allen Ebenen groß geschrieben. Die weit heruntergezogenen Scheiben des Fahrzeugs bieten bereits besten Blick auf die Bürsten und den Arbeitsbereich. Noch mehr Kontrolle über das Arbeiten am Straßenrand bietet die Rechtslenker-Version des Geräteträgers.

Doch damit nicht genug. Der Multicar M31 ist der Technologieführer innerhalb der Produktmarke Multicar. Sein Fahrerhaus ist nicht nur äußerst geräumig und verfügt über ergonomische Bedienelemente. Es bietet auch eine für Fahrer und Beifahrer einzigartige Sicherheit in seiner Klasse. Der Geräteträger darf das DEKRA-Siegel für geprüften Insassenschutz nach ECE-R29-Richtlinie tragen. □



Ein Fahrzeug - über 300 Möglichkeiten: Der Multicar M31 wird mit Kehraufbau zur Profi-Kehrmaschine. □

Praxiswissen Veranstaltungssicherheit in Kommunen

Von Dennis Vosteen, Branddirektion München

Die Berufsfeuerwehr München stellt einen neuen „Leitfaden für Feuerwehr, Sicherheitsbehörde und Polizei sowie Veranstalter und deren Sicherheitsdienstleister“ vor. Die Anzahl an Veranstaltungen und damit verbunden die Anforderungen an die Sicherheit, haben in den letzten Jahren zugenommen. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass eine Vielzahl unterschiedlicher kommunaler Regelungen sowie Veröffentlichungen und Fortbildungsangebote zur Veranstaltungssicherheit erstellt wurden und bereitgestellt werden. Um in diesem Nebeneinander den Überblick zu behalten und vor allem Veranstaltungen zu ermöglichen, anstatt sie zu verhindern, hat die Berufsfeuerwehr München ihre aus dem Jahr 2012 stammende Handreichung fortgeschrieben und erheblich erweitert.

Die Grundlage für die Neuaufgabe ist das Münchener Praxiswissen, dass durch die jährliche Bearbeitung von über 2.000 Veranstaltungen und der Prüfung von über 70 Sicherheitskonzepten pro Jahr, ständig erweitert wird. Zusätzlich konnten neue Erkenntnisse durch die Beteiligung am nationalen, mit Experten von Polizei, Wissenschaft und Endanwendern besetzten und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „BaSiGo – Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ übernommen werden. „Wir haben uns bewusst für den allgemeinen Begriff „Veranstaltungssicherheit“ entschieden, denn wir wollen Kommunen und Veranstalter in allen Belangen der Veranstaltungssicherheit unterstützen“, so Branddirektor Peter Bachmeier, der die fachliche Verantwortung für die Neuaufgabe bei der Berufsfeuerwehr München übernommen hat. „Wir streben analog zur 2. Auflage eine Empfehlung durch das Bayerische Staatsministerium für Inneres, Bau und Verkehr an. Zusätzlich soll der neue Leitfaden in den Gremien der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland vorgestellt werden“, so Bachmeier weiter.

Das Ziel der Berufsfeuerwehr



Die Demonstrationsfahrzeuge von Henne-Unimog räumen mit ihren Schneefräsen den Helikopterlandeplatz bei Schloss Elmau von der ca. einen Meter dicken Schneeschicht frei. Bild: cvh

G7-Vorbereitung mit Henne-Unimog:

Ideenreichtum gefragt

Die Organisation eines G7-Gipfels ist bestimmt kein Spaziergang. In Schloss Elmau in Oberbayern ist, neben einem höchsten Maß an Professionalität, eben auch Einfallsreichtum und Organisationstalent gefragt. So stand der Bauhof der Gemeinde Krün vor der Herausforderung, den neu angelegten über 25.000 Quadratmeter großen Helikopterlandeplatz hinter dem Schloss Elmau innerhalb weniger Tage von einer meterhohen Schneedecke zu befreien. Denn hier sollte in den ersten Märztagen eine Fokusbühne mit bis zu 150 Fahrzeugen und 1500 Beteiligten von Polizei und Feuerwehr stattfinden.

Laut Bauhofleiter Hans-Jörg Mayr hätte der Fuhrpark der ca. 2.000-Einwohner großen Ge-

meinde Krün, sehr viel Zeit und Energie in diese Räumung investieren müssen. Daher bot er

München ist es, Praxis und Wissenschaft so zu verbinden und die Ergebnisse aufzubereiten, dass das Wissen universell anwendbar, leicht verständlich und der Prozess „Veranstaltungssicherheit“ damit transparent gestaltet werden kann. Der neue Leitfaden soll daher nicht nur in Bayern, sondern bundesweit umsetzbar und anwendbar sein. Er verfolgt dabei nicht den Anspruch andere Papiere zur Veranstaltungssicherheit zu verdrängen, sondern durch aktuelle Erkenntnisse und erfolgreich in der Praxis angewandte Lösungsansätze zu ergänzen.

Der Leitfaden orientiert sich daher am folgenden Aufbau:

- Einführung in das „System Veranstaltung“
- Einordnung der beteiligten Akteure
- Unterteilung der Veranstaltung in Phasen, um Bearbeitungsschwerpunkte zu erkennen
- Festlegung der Verantwortlichkeiten durch eine klare Rollenverteilung
- Benennung und Erläuterung der Inhalte des Sicherheitskonzeptes
- Beschreibung des Genehmigungsverfahrens
- Planung für und Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse anhand verschiedener Arten des Betriebes während der Durchführung der Veranstaltung
- Nachbereitung der Veranstaltung durch die beteiligten Akteure

Die Anlagen des Leitfadens enthalten darüber hinaus Merk- und Infoblätter zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wie „Sicherheitsabsperungen“, „Verwendung von Pyrotechnik“ oder „Empfehlungen zur Nutzung von Farbpulver bei „Holi-Festivals“.

Der neue Leitfaden wird auf der Weltleitmesse für den Brand- und Katastrophenschutz, Rettung und Sicherheit „Interschutz 2015“ vorgestellt und anschließend zum kostenlosen Download auf der Internetseite der Berufsfeuerwehr München zur Verfügung stehen. Daneben ist mit Unterstützung des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Städtetages eine kostenlose Abgabe in gebundener Form an bayerische Kommunen geplant. □

einer Kahlbacher Frässhleuder KFS 950 (Räumbreite 2,4 m). Der Multihog MXC mit der Kahlbacher Frässhleuder KFS 750 rundete das Team ab. In knapp zwei Stunden hatten die Fahrzeuge ihren Job erledigt.

Leistungsstärke

Frieder Fülleemann von Henne-Unimog war begeistert, schließlich hat man nicht alle Tage die Möglichkeit die Leistungsstärke der Fahrzeuge in diesem Ausmaß zu präsentieren. Auch die zahlreichen Besucher von Bauhöfen, aus Behörden und der Bundeswehr zeigten sich beeindruckt. Und Bauhofleiter Mayr war erleichtert, dass er für diese Aufgabe einen kompetenten Partner gefunden hat.

Extraarbeit für Gemeinde

Das nächste große Treffen der Regierungschefs der bedeutendsten Industrienationen der Welt, der G7-Gipfel, findet auf Schloss Elmau statt, das auf dem Gebiet der oberbayerischen Gemeinde Krün liegt. Für die Gemeinde Krün, zwischen Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald im oberen Isartal, hat die Organisation längst begonnen und alle Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Auf Nachfrage der GZ ob für den Bauhof zusätzliches Personal eingestellt wurde, erwiderte Bauhofleiter Mayr, dass man die durch den G7-Gipfel anfallenden Extraarbeiten im Grunde mit der bestehenden Mannschaft bewältigt. cvh

dem Kommunalfahrzeug-Spezialisten Henne-Unimog kurzerhand das Gelände unterhalb der bis zu 2.500 Meter hohen Wettersteinwand für eine Leistungsschau an. Der Händler aus Kirchheim-Heimstetten bei München rückte den Schneemaschinen mit einem Mercedes-Benz Unimog U 423, einem Unimog U 430 und einem Multihog MXC zu Leibe.

Frässhleudern

Der Unimog U 423, mit einem 170 kW (231 PS) starkem 4-Zylindermotor, war bestückt mit einer Kahlbacher Frässhleuder KFS 750 (Räumbreite 2,2 m), der Unimog U 430, mit einem 220 kW (272 PS) starkem 6-Zylindermotor, war ausgestattet mit



Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die neuen Kommunalprofis von Mercedes-Benz.

Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023) – Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH Hürderstraße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Bertsche-Dampf-System:

„Der Kampf der Systeme ist in vollem Gange“

Wildkrautvernichtung nur mit Wasser

Wildkrautbeseitigung kann mechanisch oder thermisch betrieben werden. Bertsche bietet seit langem mit der Kombination „Ladog-Fahrzeug mit Ladog-Kehrsaugaufbau und mechanischer Wildkrautbürste“ eine mechanische Lösung für stark verunkrautete Flächen sehr erfolgreich an.

Ein Mann beseitigt Wildkraut und saugt/kehrt den Schmutz direkt auf. Die hohe Hydraulikleistung und die enorme Saugleistung stechen vergleichbare Kehrsaugmaschinen im Dauerbetrieb dabei aus.

Thermische Vernichtung

Seit einer Saison bietet Bertsche mit dem ModiCleaner-System die thermische Wildkrautvernichtung mit Heißdampf („nur mit Wasser“) im Markt an. Vorteil des Dampfes ist, daß nur sehr wenig Wasser benötigt wird. Mit praktischen Dampfwerkzeugen ist sowohl Handbetrieb als auch der Betrieb von Anbaugeräten an Trägerfahrzeugen möglich.

Ein weiterer Vorteil ist die rela-

tiv einfache Technik, ohne viel Elektronik. Benötigt wird ein Wasserfaß, der Dampferzeuger HWE 100 und entsprechende Dampfwerkzeuge. Mit dem Dampfsystem kann auch wetterunabhängig gearbeitet werden, während Heißwassersysteme bei Regenwetter die Wirkung fast ganz verlieren.

Flächenleistung

Inzwischen überschlagen sich die Anbieter mit Kostenberechnungen pro m² und Leistungsrechnungen in der Flächenleistung – über deren praktischen Sinn sich jeder Interessent selbst Gedanken machen muss.

Wichtig ist die vernichtende Wirkung auf das Wildkraut und



Wildkrautvernichtung mit dem Bertsche-Dampf-System. □

die ist mittlerweile beim Bertsche-Dampf-System bewiesen und die einfache Handhabung des Systems – „eben nur mit Wasser“.

Wildkrautvernichtung ist ein topaktuelles Thema. Nur mit einer Vorführung vor Ort kann sich der Kunde ein Bild machen über die praktische und wirtschaftliche Lösung, die er für seine Verhältnisse braucht. Wichtig ist auch die Technik im Langzeitbetrieb und die daraus entstehenden Betriebskosten. Anwender, die thermische Wildkrautvernichtung erfolgreich betreiben wollen, sollten sich das Bertsche-Dampf-System näher anschauen und sich selbst ein Bild machen.

Das Bertsche-System kann, als

Zusatznutzen, auch zur Kaugummi- und Grobschmutzbeseitigung auf repräsentativen Flächen erweitert werden. □



Neues kompaktes Multifunktionsfahrzeug B 250 auf der Holder Vierjahreszeiten Roadshow. Bild: Max Holder GmbH

Holder-Roadshow:

Neue Kompaktgeräteträger

Der Hersteller kompakter Kommunalfahrzeuge Holder zeigte auf seiner Vierjahreszeiten Roadshow an acht Stationen in ganz Deutschland Neuheiten und etablierte Lösungen in der Kommunaltechnik. Dabei wurden Systemlösungen für den Winterdienst, zum Kehren, zur Rasenpflege, zur Bewässerung, zur Wildkrautbekämpfung und für andere Anwendungen im Ganzjahreseinsatz vorgestellt – vom Einstiegsgerät X 30 über das Erfolgsmodell C 270 bis zum leistungsstarken Multifunktionsgeräteträger S 1090 mit Zwei-Mann-Kabine.

Auf viel Interesse stießen das neue, mit unter 2 Metern Bauhöhe besonders kompakte Multifunktionsfahrzeug B 250 und der erst kürzlich erstmals vorgestellte sparsame PowerDrive-Antrieb.

Kommunen und private Dienstleister schätzten nicht nur die Präsentation der Fahrzeuge, sondern auch die Möglichkeit, die Fahrzeuge im realen Umfeld bzw. in der direkten Anwendungssituation selber zu testen und zu erfahren. Parallel wurden mit den Holder-Mitarbeitern, den Vertriebspartnern und den Anbaugeräteherstellern viele intensive Fachgespräche zu allen Fragen der Kommunal-, GaLaBau- und Gebäudepflege-Technik geführt.

Nächste Roadshow im Herbst

Fach- und Führungskräfte aus der öffentlichen Verwaltung, von Bau- und Kommunalhöfen, dem Garten- und Landschaftsbau sowie dem Facility-Management waren sehr zufrieden und freuen sich bereits auf die kommende Holder-Roadshow im Herbst □

Tendenz zum Minimalismus

GALABAU innovativ-Fachkongress 2015 in Berlin

Für alle, die nicht immer nur in starren Mustern denken wollen, war der GALABAU innovativ-Fachkongress 2015 in Berlin eine gute Gelegenheit, sich von neuen Ideen im Garten- und Landschaftsbau inspirieren zu lassen. Praxisorientierte Vorträge und eine Ausstellung der 19 GALABAU innovativ-Industriepartner führten den teilnehmenden Betrieben und Fachhändlern Trends und künftige Herausforderungen für die eigene Berufspraxis vor Augen. Für insgesamt 430 Teilnehmer wurde erneut eine abwechslungsreiche Mischung aus praxisorientiertem Fachwissen und guter Unterhaltung zusammengestellt.

Helmut Schingen, Vize-Präsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL), zeigte in seinem Grußwort die aktuelle Branchensituation auf: Die GaLaBau-Betriebe in Deutschland haben 2014 ihren Umsatz um knapp 9 Prozent auf insgesamt 6,9 Milliarden Euro gesteigert. Öffentliches Grün und nachhaltige Stadtentwicklung seien die Zukunftstreiber dieses Wachstums, die von der Verbands-Kampagne „Urbanes Grün“ stark unterstützt werden. „Wir müssen alles daran setzen, das Thema

stisch und teils kühl wirkende Beton- und Kiesflächen.“

Berater und Trainer Oliver Kellner nahm in seinem Vortrag den „Erfolgsfaktor Mensch“ in den Fokus und zeigte, mit welchen Methoden in Verkauf und Beratungsgesprächen bestmögliche Erfolge erzielt werden. „Sogar eine nur unbewusst negative Stimmung des Verkäufers wird von Kunden wahrgenommen und kann Aufträge zunichtemachen oder zu einer schlechten Zahlungsmoral führen“, machte Kellner deutlich. Bei Kundengesprächen jederzeit voll im Moment – also jederzeit „ON“ – zu sein, sei heutzutage die „stärkste Währung der Welt“, so der Mental-Coach.

Prof. Rainer Sachse, der über die „Landschaftsarchitektur im Wandel“ referierte, machte – anhand zahlreicher Projektbeispiele aus seinem Düsseldorfer Landschaftsarchitekturbüro scape – deutlich, wie sich Außenräume im urbanen Umfeld aktuell entwickeln. „Freiräume werden immer mehr zum Vermarktungsinstrument für Gebäude, da umgebendes Grün für Wohn- oder Bürogebäude-Nutzer eine zunehmend größere Rolle spielt“, stellte Sachse heraus. „Freiraum muss heute Mehrwert bieten.“

So bringen Außenanlagen

Vorausschauender Tempomat

Er hat seine Kraftstoffersparnis vielfach in der Praxis nachgewiesen: Der vorausschauende Tempomat Predictive Powertrain Control (PPC) von Mercedes-Benz Lkw senkt den Kraftstoffverbrauch um bis zu fünf Prozent und reduziert somit nachweisbar die Gesamtbetriebskosten eines Lkw. Jetzt gibt es den Bestseller von Mercedes-Benz für den neuen Actros, Antos und Arocs auch europaweit bei den Mercedes-Benz Servicepartnern zur Nachrüstung.

Die Kosten dafür belaufen sich in Deutschland auf rund 1.500 Euro (zzgl. Mehrwertsteuer). Der Einbau dauert nur wenige Stunden und muss nicht noch einmal abgenommen werden.

Wer sich bisher nicht für PPC entschieden hatte, kann nun die vielfach nachgewiesenen Vorteile des vorausschauenden Tempomats nutzen. Ausgehend von einer typischen Jahresfahrleistung von rund 130.000 km im Fernverkehr und einem Verbrauchsvorteil von fünf Prozent, rentiert

Ästhetik und Funktionalität zusammen – beispielsweise als Grünflächen-Täler, die nach starkem Regen kurzfristig zu Seen werden, die anliegende Häuser mit Wasser versorgen, um sich anschließend wieder als Grünfläche zu präsentieren. Darüber hinaus entstünden in Städten immer häufiger temporäre Grünanlagen, etwa auf Flächen, die für eine spätere Bebauung freigehalten werden sollen. Als weiteren Trend machte Sachse erzählende Landschaften aus, die anhand von Gestaltungselementen oder Infotafeln mit Geschichten aufwarten.

Einer der Höhepunkte des Kongresses war die Preisverleihung zum GALABAU innovativ-Projektwettbewerb 2014. Dazu hatte die hagebau bundesweit alle Garten- und Landschaftsbauunternehmen aufgerufen, ihre besten Arbeiten für Privatkunden einzureichen. Drei von ihnen zeichnete die Fachjury in Berlin aus. Dabei schnitten bayerische Unternehmen besonders gut ab. So sicherte sich „Die Gartengestalter GmbH & Co. KG“, Weilheim, ein Kunde des Fachhandels Danhauser GmbH & Co. KG Schwandorf, den mit 500 Euro dotierten zweiten Platz. Der erstmals ausgelobte Publikumspreis ging an Gartenbau Bucher, Cham, mit dessen ebenfalls in Cham ansässigem Fachhändler Max Schierer GmbH. DK

Bayerische Gartenschau in Alzenau:

Einzigartiges Sommermärchen

Am 22. Mai 2015 öffnet die Bayerische Gartenschau „Natur in Alzenau“ ihre Tore und wird bis 16. August Ausflugsziel für Gartenliebhaber und Kulturbegeisterte. Im Stadtzentrum entstehen zwei neugestaltete, barrierefreie Parkanlagen, die sich auf neun Hektar den Schwerpunktthemen „Erneuerbare Energien“ und „Miteinander der Generationen“ widmen.

Im Generationenpark sollen Jung und Alt gemeinsam die Natur entdecken. Fühlen, riechen und schmecken heißt es im „Garten mit allen Sinnen“ und im blühenden „Wein- und Rosengarten“ werden heimische Weinspezialitäten offeriert. In der Kneipp-Anlage „Nichts für Warmducher“ werden müde Lebensgeister geweckt. Besonders für Kinder gibt es viel zu entdecken: Kletterbegeisterte können sich auf dem Spielplatz „Kuckucksnest“ an Holzspielgeräten ausprobieren, die wie überdimensionale Vogelnester wirken. Bei dem täglichen „Luhmännchen-Mitmachprogramm“ im Märchenwald können die Kinder einen unbeachteten Tag auf der Gartenschau verbringen.

Im Energiepark stehen die erneuerbaren Energiequellen im Mittelpunkt. Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sind in verschiedenen Spiel-Lerngärten, wie z. B. „Hai Energy“ oder „Hitzer Garten“ so inszeniert, dass niemand auf die Idee kommt, hier belehrt zu werden.

„Spaß haben!“ lautet das Motto auf der Gartenschau und dennoch soll zum Nachdenken angeregt werden. Nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern über gemeinsames Erleben und Spielen will der Energiepark aufklären und zum Umweltschutz „anstoßen“. Ein Beispiel mit großem Spaßfaktor im Energiepark ist der „CH 4 – Garten“. Kühe aus Holz, auf denen man klettern kann, „rülpsen“ Seifenblasen. Dass eine Kuh wertvollen Mist produziert, aber auch ein Treibhauseffekt-Beschleuniger ist, wird hier sehr plastisch dargestellt.

Entlang des Energieparks hat das Wasserwirtschaftsamt die Kahl renaturiert, das Flüsschen schlängelt sich jetzt im neuen

Bett und bietet zahlreichen Tieren und Pflanzen Lebensraum. Als ganz besonderer Bewohner ist hier der Eisvogel zu nennen, der sich an der Kahl angesiedelt hat. Ganz dem Energiepark entsprechend weiden auf der Wiese unterhalb des Aussichtstegs an der Kahlaue futuristische Schafe mit eingepflanzten Solarzellen und Leuchtröhren.

Neun Hektar Parkanlage

Neun Hektar Parkanlage, neu geschaffen mit mehr als 500 frisch gepflanzten Bäumen und Sträuchern, 1.000 qm Sommerblumen und über 1.000 qm Stauden: Eine Gartenschau ist auch immer eine Leistungsschau der Gärtner. In Alzenau, das im bayerisch-hessischen Grenzgebiet liegt, beteiligen sich dementsprechend bayerische und hessische Gärtner aus allen Sparten des Gartenbaus. Bäume, Sträucher, winterharte Gartenblumen, einjährige Sommerblüher, Zwiebelpflanzen, Obst und Gemüse, beispielhafte Kleingärten, Muttergärten und Blumen-schauen machen die Gartenschau zu einem Fest für die Sinne.

Alzenau setzt mit der Gartenschau laut Erstem Bürgermeister Dr. Alexander Legler eine positive Stadtentwicklungspolitik fort und nutzt die Veranstaltung als Motor für weitere Projekte. Die neu geschaffene Parkanlage ist von nachhaltigem Wert, beide Geländeteile liegen inmitten von Wohngebieten haben direkten Anschluss an Schulen, Kindergärten, betreute Wohnanlagen und die Stadtmitte. Das Ergebnis ist eine Parkanlage, die noch in Jahrzehnten für Wohn- und Lebensqualität steht. Beim Großereignis „Natur in Alzenau 2015“ werden etwa 300.000 Besucher erwartet. DK

Wildkraut beseitigen ohne Chemie!

- Mit dem neuen ModiCleaner
- Umweltfreundlich, nur mit Wasser
- Nach Bedarf großflächig oder punktuell
- Entfernt auch Kaugummi- und Grobschmutz
- Vielfältiges Zubehör
- Überzeugend im Preis-Leistungs-Verhältnis



Gleich unverbindliche Vorführung vereinbaren!
Tel. 0771 92350 | info@bertsche-online.de



Bertsche Kommunalgeräte
78199 Bräunlingen
Hüfinger Straße 47
www.bertsche-online.de



Lindner-Werksausstellung:

Zahlreiche Neuheiten

Im März drehte sich beim Lindner-Innovationszentrum wieder alles um die neuesten Produkte des Tiroler Familienunternehmens. So zeigte Lindner bei der Werksausstellung, zu der mehr als 6.000 Besucher kamen, erstmals den Lintrac in der Schmalspurausführung für die Kulturlandwirtschaft.

„Mit dem Lintrac für die Berg- und Grünlandwirtschaft und dem Kommunal-Lintrac ist das Trio komplett“, erklärt Geschäftsführer Hermann Lindner. Der Lintrac ist der erste stufenlose Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse, in der Version für die Kulturlandwirtschaft beträgt die Außenbreite 1,70 Meter. „Wir haben sowohl von Wein- als auch von Hopfenbauern wertvolle Rückmeldungen bekommen, die wir in die weitere Entwicklung einfließen lassen.“ Die finale Version wird auf der Wieselburger Messe gezeigt.

Innovativer Ballenpicker

Ein weiteres Highlight war der neue Ballenpicker für die Unitrac-Transporter, der für noch mehr Effizienz und Sicherheit bei professionellen Heuarbeiten sorgt. Entwickelt wurde der Ballenpicker von Blasius Gerg, dem Geschäftsführer der niederbayerischen Gerg GmbH. Das Unternehmen ist auf Modell- und Formenbau spezialisiert. Der passionierte

Nebenerwerbslandwirt Gerg stellte sich die Frage, wie man Heuballen am Hang ohne einen zusätzlichen Traktor aufnehmen und sicher transportieren kann.

Der Ballenpicker besteht aus zwei hydraulisch aufklappbaren Zylindern, die abwechselnd abgesenkt werden können und Ballen aufnehmen. In jeden Zylinder passen drei Heuballen. Im aufgeklappten Zustand sind die Zylinder leicht versetzt und sichern so die Ladung ohne zusätzliche Hilfsmittel. Der Ballenpicker funktioniert mit der Fahrzeughydraulik aller Unitrac-Modelle und ist als Wechselaufbau einfach zu installieren.

Feuerwehr-Unitrac

Ein Unitrac in der Feuerwehrausführung, der extra für die Bekämpfung von Waldbränden ausgestattet wurde, war rund um das Kommunalforum Alpenraum zu sehen.

Weitere Infos: www.kommunalforum-alpenraum.eu bzw. www.lindner-traktoren.at

Veitshöchheimer Landespflegetage:

Mut zu Veränderungen

„Wünsche, Werte, Wandel – der GaLaBau ist gefordert!“ lautete das Motto der diesjährigen Veitshöchheimer Landespflegetage. Die traditionsreiche Fachtagung in den Mainfrankensälen bot den über 600 Teilnehmern erneut ein breites Spektrum an Themen rund um die Garten- und Landschaftspflege. Ihren Beitrag dazu leistete neben einem umfangreichen Fachprogramm auch eine begleitende Fachschau mit über 60 Ausstellern.

Der Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, Dr. Hermann Kolesch, griff eingangs den Begriff „Wandel“ aus dem Tagungsmotto auf: „Veränderungsbereitschaft ist der Erfolgsfaktor des Unternehmers“, meinte er und wünschte deshalb allen Landschaftsgärtnern Mut zu Veränderungen.

Ulrich Schäfer, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e.V., unterstrich seinerseits, dass der Wandel hin zu einer immer städtischeren Lebensform eine Herausforderung für die öffentlichen Freiräume darstelle. Schäfer bezeichnete Grün als ein Qualitätsmerkmal im Stadtmarketing, das es nicht nur als Kostenfaktor, sondern als Standortfaktor zu berücksichtigen gelte.

Versuche mit Ansaatmischungen für öffentliche und private

Grünflächen sowie für Mittelstreifen standen im Mittelpunkt der Vorträge von Angelika Eppel-Hotz und Kornelia Marzini. Beim Thema Belagsflächen warteten Robert Sikorski von der Interessengemeinschaft Deutscher Pflasterer und Steinsetzer e.V. und Thomas Leopoldeder mit einem Vergleich alter Handwerksregeln und aktueller Regelwerksvorgaben auf. Johannes Pitzer wiederum stellte farbige Beläge vor – aus neuen und aus traditionellen Materialien. Zudem wurde von zwei GaLaBau-Praktikern der finanzielle Aspekt gebauter Werte beleuchtet.

Berichte über die Versuchsergebnisse der Abteilung Landespflege umfassten schließlich ein weites Themenspektrum: Gemüse vom Dach, Vertikalbegrünungssysteme, Stadtbäume der Zukunft sowie Streuobstsorten.



Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum vielseitigen Geräteträger.

Innovationsführer Lindner auf der Astrad in Wels

Im Mittelpunkt stehen der neue stufenlose Lintrac sowie der Unitrac 102S, der die Abgasstufe Euro 6 erfüllt

Kommunalprofis sind beim Lindner-Stand auf der Messe ASTRAD & austroKOMMUNAL Wels, der größten Kommunalmesse Österreichs genau richtig: Das Tiroler Familienunternehmen zeigt am 22. und 23. April unter anderem den neuen Lintrac. Der Lintrac ist ein stufenloser Standardtraktor mit Vierradlenkung, der besonders einfach zu bedienen ist. Beim Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Radlenkung der Unitrac-Transporter genutzt.

Das Ergebnis ist eine für den Traktorbereich neue Dimension der Wendigkeit, die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Besonders praktisch: Per Knopfdruck kann der Einschlag der Hinterräder begrenzt werden. Damit wird verhindert, dass die Hinterräder streifen, wenn aufgrund schwieriger Straßenverhältnisse Schneeketten notwendig sind.

Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum vielseitigen Geräteträger. Der sparsame Turbodieselmotor von Perkins ist mit einem Partikelfilter ausgestattet: Dadurch werden die Vorschriften der Abgasstufe 3B erfüllt.

Neuer Unitrac 102S

Für besondere Wendigkeit stehen auch die Unitrac-Transporter. Das neueste Modell ist der Unitrac 102S, der die strengen Vorschriften von EURO 6 erfüllt. Die neue Abgasnorm Euro 6

Frank Angermüller erläuterte, vor welchen neuen Krankheiten und Schädlingen Pflanzen zu schützen sind. Welches Mulchmaterial sich bei seinen Pflanzungen am besten bewährt hat, darüber gab Andreas Schulte Auskunft. Außerdem berichtete Nikolai Kendzia über seine Erfahrungen mit Rasenmäährobotern. **DK**

schreibt vor, dass die Emissionen von Dieselrußpartikeln und Stickoxid im Vergleich zu Euro 5 um bis zu 90 Prozent verringert werden müssen. Der Unitrac 102S ist serienmäßig mit einem geschlossenen Partikelfiltersystem ausgestattet. 99,9 Prozent der Feinpartikel werden im Filter aufgefangen. Das Filtersystem ist nahezu wartungsfrei.

Speziell für den Kommunalbereich

Beim Unitrac 102S baut Lindner darüber hinaus einen eigenen Adblue-Tank ein. Die Harnstofflösung reduziert Schadstoffe deutlich. Ein weiterer Pluspunkt: Der Kraftstoffverbrauch wird ohne Verlust der Motorleistung gesenkt. Die Unitrac-S-Modelle mit fünf Tonnen Nutzlast sind speziell für den Kommunalbereich gedacht und besonders für den innerstädtischen Bereich geeignet.

Geotrac 134ep

Im Traktorenbereich bietet Lindner mit dem Geotrac 134ep das optimale Modell für Kommunalprofis. Der 134ep leistet 144 PS, das Getriebe gibt es bis zu 50 km/h. Die gefederte Kabine und die Frontachse punkten im anspruchsvollen Winterdienst mit langen Einsatzzeiten. **□**

Vom Reiz kommunaler Grünflächen

Wenn im März die ersten Krokusse auf den Rasenflächen und Beeten Farbe zeigen und das Ende des Winters verkünden, zieht es die Menschen wieder in die Parks und Grünflächen der Städte. Die frühblühenden Ziergehölze und das zarte Grün des Austriebs laden zum Frühlingsspaziergang ein und lassen ahnen, was das öffentliche Grün im kommenden Sommer bietet. Es dauert nicht mehr lange, bis die grünen Lungen der Städte die Bürger wieder aufatmen lassen. Vor allem für die dicht bebauten Innenstädte sind Grünflächen wichtig, denn sie sorgen für den Ausgleich von Temperatur und eine bessere Luftqualität. Gleichzeitig dienen sie als Ort der Ruhe, Erholung und auch der Freizeitgestaltung.

Wer genau hinschaut, entdeckt in den Parks bereits die ersten Frühjahrsboten: Sträucher wie die Zaubernuss und der Duftsneeball, Scheinhaseln und Forsythien, aber auch Obstbäume, Kastanien, Weißdorn und Linden blühen und duften. Auch für Bienen und andere Insekten in der Stadt sind die Frühjahrsblüher besonders wichtig, denn sie bieten die ersten Nektar- und Pollenangebote: Sie sind nicht nur für Parkbesucher schön, sondern schaffen Lebensräume in Städten. Der Münchner Zoologe Professor Josef H. Reichholf bezeichnet in seinem Buch „StadtNatur“ Städte als „Inseln der Artenvielfalt“. So finden sich in einigen Städten doppelt so viele Wildpflanzenarten als in ihrem Umland. Ornithologen haben deutschlandweit belegt, dass städtische Gebiete viel reicher an Vogelarten sind als ländliche: Je größer die Stadt, desto mehr Vogelarten! Lebensraum und Futtergrundlage für Insekten, Vögel und andere Wildtiere in Städten sind Gärten und vor allem öffentliche Grünflächen – entscheidend ist, dass hier möglichst viele unterschiedliche Pflanzen wachsen.

Der Reiz der kommunalen Grünflächen liegt in ihrer Vielfalt. Wälder und Parks, Spielplätze, historische Gärten, Wiesen- und Wasserflächen, aber auch prachtvolle Alleen und nicht zuletzt Friedhöfe prägen das Bild der Städte. Hier wird Natur erlebbar und ist im besten Falle fußläufig erreichbar. Damit die Bürger die schönen Tage in den Parks und Gärten der Stadt richtig genießen können, sind jetzt im Frühjahr viele Pflege- und Aufklärungsarbeiten zu erledigen.

Zwar war der Winter 2014/2015 nur durchschnittlich nass und kalt, dennoch hat er seine Spuren hinterlassen. Es gilt, das restliche Herbstlaub zu entfernen, Rosen und andere Ziersträucher zu schneiden, Parkbänke und Wege auszubessern und in den Beeten und Rabatten Gehölze und Stauden nachzupflanzen. Bürger hegen einerseits hohe Erwartungen an Ausstattung und Pflegezustand des öffentlichen Grüns, wissen aber oft nicht, welcher hoher Arbeitsaufwand dahintersteht.

Helmut Selders, Präsident des Bundes deutscher Baumschulen

(BdB) e.V., sieht überall dort große Herausforderungen auf die Kommunen zukommen, wo Grünflächenämter ausgedünnt werden: „Problematisch ist, dass in vielen Kommunen Budgeteinsparungen im Grünbereich und verschiedene Modelle zur Neuorganisation im Ergebnis meist zu einem latenten Abbau der Grünpflegeintensität geführt haben. Wertvolle Grünanlagen können jedoch nur durch intensive Pflege und kompetentes Personal wertvoll gehalten werden.“

Die teilweise mangelnde Pflege sieht man den Grünflächen nach wenigen Monaten an, die zu späte Pflege ist meist aufwändiger und teurer. Selders: „Personell und materiell gut ausgestattete Grünflächenämter sind unseres Erachtens unersetzlich für den Erhalt der Attraktivität des öffentlichen Raumes und damit auch für die Lebensqualität der Bürger.“

Die Gartenamtsleiterkonferenz fordert in ihrem Positionspapier Grünflächenmanagement: „Aus kommunalpolitischer Sicht sind die Organisation und die Verantwortung für das öffentliche Grün und das Grünflächenmanagement in einer Hand zusammen zu führen.“ Der BdB unterstützt diese Forderung und verweist auf Untersuchungen, die den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wert begrünter Städte belegen. So identifizieren sich die Bürger in begrünten Stadtteilen stärker mit ihrer Lebensumgebung, dort ist sogar die Kriminalitäts- und Vandalismusrate geringer als in minimal begrünten Gebieten. Selbst auf die Investitionsentscheidungen von Unternehmen hat das Stadtgrün einen Einfluss, denn der Standortfaktor Umfeld beeinflusst auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit auch den Erfolg und Wert des Unternehmens.

BdB-Präsident Selders: „Das Frühjahr eignet sich besonders als Jahreszeit, in der die Grün-Verantwortlichen der Städte ihre Arbeit den Bürgern zeigen können. Viele Kommunen organisieren 'Dreck-Weg-Tage', 'Aufräum- oder Umwelttage' oder gleich einen 'Tag der offenen Tür' im Grünflächenamt. So wird das Bewusstsein auch für die Leistungen der Kommunen zum Erhalt und zum Ausbau öffentlicher Grünflächen geweckt.“ **□**

DIE LINDNER KOMMUNALPALETTE UNITRAC, GEOTRAC & LINTRAC

**FRONTHYDRAULIK
KOSTENLOS**

+ 2 JAHRE GARANTIE



Aktion gültig von 16.2. – 15.7.2015 für alle Geotrac und Lintrac Neufahrzeuge in Verbindung mit der Preisliste 02-2015.

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol, lindner-traktoren.at

Lindner
Der starke Tiroler

Bayerische Abfall- und Deponietage 2015:

Für eine ambitionierte Recyclingpolitik

Deutschland gilt zwar als Musterknabe in der Erfassung und Verwertung von Wertstoffen, dennoch wird offenbar Optimierungspotenzial gesehen. So lautete der Tenor der 16. Bayerischen Abfall- und Deponietage im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, auf der sich 21 branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Kongressteilnehmern präsentierten.

Kann die moderne Kreislaufwirtschaft tatsächlich einen wesentlichen Beitrag zur Rohstoffversorgung leisten? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Beiträge des ersten Veranstaltungstages. Fakt ist: Das Bundesumweltministerium strebt mit dem geplanten Wertstoffgesetz und der Weiterentwicklung der „gelben Tonne“ bzw. des „gelben Sacks“ zur Wertstofftonne an, weitere Haushaltsabfälle für ein hochwertiges Recycling zu erschließen. Thomas Nieborowsky, Geschäftsführer des KUMAS e. V., wies jedoch darauf hin, dass man bereits vor zehn Jahren eine ergänzte Wertstofftonne, die sog. Zebra-Tonne, diskutiert habe, die immer noch nicht eingeführt sei. Für den Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Claus Kumutat, ermöglicht indes das bayerische Bringsystem eine saubere Getrennterfassung und somit auch hohe Verwertungsquoten.

Wie Dr. Siegfried Kreibe vom bifa Umweltinstitut in Augsburg darlegte, seien Metalle wie Stahl und Aluminium, aber auch Glas, Papier, Pappe und Karton gute Beispiele für ein funktionierendes Recycling und den Einsatz von Sekundärrohstoffen. Je schwieriger sich das Recycling technisch, aber auch aus Sicht der Märkte darstelle, umso niedriger liegen die effektiven Quoten. Paradebeispiel hierfür seien die Mischkunststoffe aus dem sog. Verpackungsrecycling. Noch schwieriger werde es beim Recycling von Handys oder Smartphones. Edelmetalle würden schon heute mit hohen Ausbeuten zurückgewonnen. Andere Metalle gingen weitergehend verloren, vor allem deshalb, weil sich der notwendige, hohe Aufwand nicht rechne.

Öffentliche und private Entsorger streiten dennoch um die Deutungshoheit, wer das Recht zur getrennten Einsammlung hat oder in Zukunft haben soll. Beide Sei-

ten verharren in Maximalpositionen, schließlich geht es dabei um viel Geld. Durch verstärkte Re-Kommunalisierungsbemühungen der entsorgungspflichtigen Körperschaften sehen sich aber vor allem mittelständische Unternehmen zunehmend in ihrer Existenz bedroht.

Am zweiten Veranstaltungstag wurde neben den aktuellen Entwicklungen im Deponierecht und der Darstellung der Deponiesituation in Bayern die Fortschreibung der bundeseinheitlichen Qualitätsstandards für den Deponiebau diskutiert. Ob die Entsorgungskapazitäten in Bayern für mineralische Abfälle ausreichend sind sowie die Anforderungen an Neubau, Sicherung und Entlassung von Deponien aus der Nachsorge waren weitere Themen. Ein Leitfadentext mit Vollzugshinweisen, welche Prüfkriterien hinsichtlich der Gasentwicklung, Umsetzungsvorgänge, Sickerwasserqualität und Standsicherheit zur Entlassung aus der Nachsorge anzulegen sind, rundete die diesjährigen Abfall- und Deponietage ab.

Über den aktuellen Stand in Bayern hinsichtlich Erfassung und Recycling von Wertstoffen aus Siedlungsabfällen informierte Christian Daehn, Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg. Seinen Ausführungen zufolge liegt das Gesamtaufkommen an Hausmüll (Abfall aus Haushaltungen sowie damit gemeinsam entsorgter Abfall aus kleineren Gewerbebetrieben, Behörden etc.) seit 1991 nahezu unverändert bei gut 500 kg/Einwohner und im Jahr 2013 betrug es 521 kg. Durch den Ausbau der Erfassungssysteme für Wertstoffe stiegen aber die einwohnerbezogenen Mengen der getrennt erfassten Wertstoffe von 153 kg in 1991 auf 342 kg im Jahr 2013.

Im Gegenzug halbierte sich im gleichen Zeitraum das einwohnerbezogene Restabfallaufkom-

men von 359 kg auf 178,5 kg. Die Verwertung der getrennt erfassten Wertstoffe hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert und die Verwertungsquote liegt seit dem Jahr 2000 zuverlässig über 70 %. Allerdings konnten seitdem auch keine signifikanten Steigerungen mehr erreicht werden. „Es macht deshalb durchaus Sinn, über Optimierungsmöglichkeiten nachzudenken“, so Daehn.

Die Abfallbilanz zeige, dass sich mit Holsystemen größere Mengen an Wertstoffen erfassen und die Restmüllmengen reduzieren lassen. Restmüllsortierungen bestätigten, dass sich der Wertstoffanteil im Restmüll reduziert, wenn für diese Wertstoffe komfortable Holsysteme angeboten werden. Deshalb erscheine es durchaus sinnvoll, diese für die wichtigen und regelmäßig anfallenden Wertstoffe (Bioabfall, Papier und Leichtverpackungen) weiter auszubauen und sie dem Bürger zumindest anzubieten, unterstrich Daehn. Für Wertstoffe, die seltener und in geringeren Mengen anfallen, erschienen dagegen Bringsysteme durchaus sinnvoll und hier könne auch weiterhin auf den Wertstoffhof gesetzt werden. Dies gelte beispielsweise für Metalle und Nichtverpackungskunststoffe. Dort könnten aber auch spezielle Abfallfraktionen wie Elektro- und Elektronikgeräte oder Problemabfälle unter geeigneten Randbedingungen angenommen werden.

In den vergangenen Jahren hat eine Konsolidierung stattgefunden und sich die Anzahl der Wertstoffhöfe geringfügig auf nunmehr 1.656 verringert. Die absolute Zahl erscheint hier aber nicht so wichtig wie ein gutes Angebot hinsichtlich Erreichbarkeit, Entsorgungsmöglichkeiten und Öffnungszeiten. Ob mit der vorgesehenen Wertstofftonne tatsächlich große Fortschritte bei der Erfassung von Wertstoffen erzielt werden können, wird dagegen eher skeptisch gesehen.

Die gemeinsame Position der privaten Entsorgungswirtschaft zum Recycling von Wertstoffen aus Siedlungsabfall erläuterte Otto Heinz, Präsident des Verbandes

der Bayerischen Entsorgungswirtschaft e. V. Nach seinen Worten setzen sich die Verbände dafür ein, dass ein Wertstoffgesetz sich nicht alleine auf die stoffgleichen Nichtverpackungen in Ergänzung zur bisherigen Verpackungsentsorgung bezieht. Daher sollten auch für andere Wertstoffe aus privaten Haushalten anspruchsvolle Recyclingquoten formuliert werden.

Einen entscheidenden Beitrag dafür, dass Sekundärrohstoffe aus privaten Haushalten in hoher Quantität und optimaler Qualität erfasst und in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, leisteten die seit Jahrzehnten bestehenden gewerblichen Sammelstrukturen (z. B. Altpapier, Schrott/E-Schrott, Alttextilien). Diese seien daher zu erhalten und auszubauen sowie neue Wertstoffsammlungen gewerblicher Entsorgungs- und Recyclingunternehmen (z. B. Kunststoffe) ausdrücklich zu fördern.

Heinz: „Die sich hieraus ergebenden Effekte für Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Energieeinsparung und Klimaschutz sind erheblich und unabweisbar. Die Bundesrepublik kann ihre internationale Vorreiterrolle in der Sekundärrohstoffwirtschaft nur dann erfolgreich ausbauen, wenn sie sich zu einer ambitionierten Recyclingpolitik und dazu passenden Rahmenbedingungen bekennt.“

Die Verbände setzen sich für eine neutrale Zentrale Stelle in einer geeigneten Rechtsform wie beispielsweise eine Stiftung ein, die mit hoheitlichen Aufgaben ausgestattet wird, wobei eine öffentlich-rechtliche Beleihung möglicherweise durch das Umweltbundesamt empfehlenswert wäre. Qualitätsfragen sollten verbindlich durch einen Qualitätsbeirat geregelt werden. Die Zentrale Stelle sollte entweder durch die Marktanteile der Dualen Systeme finanziert werden oder sie könnte von den Verpflichteten Gebühren erheben.

Die Position der kommunalen Abfallwirtschaft zum Recycling von Wertstoffen aus Siedlungsabfall machte Helmut Schmidt, Landesvorsitzender Bayern des VKS im AKU Abfallwirtschaftsbetrieb der Landeshauptstadt München, deutlich. Der „unergiebigsten Diskussion“ um ein „Wertstoffgesetz“ stelle der VKU eine stoffstromspezifische Recyclingsstrategie entgegen, die für die wichtigsten Abfallfraktionen konkrete Verwertungsziele definiert.

Die von einem Wertstoffgesetz erhoffte Mengensteigerung sei angesichts der Recyclingpotentiale im Siedlungsabfall völlig unzureichend. Die wesentlichen Masseströme würden durch ein „Wertstoffgesetz“ in der derzeit diskutierten Ausprägung nicht erfasst.

Daher ist es aus Schmidts Sicht notwendig, auf Grundlage der bestehenden und insoweit auch ausreichenden rechtlichen Rahmenbedingungen die Getrennterfassung und Verwertung der Haushaltsabfälle jetzt konkret voranzubringen, um die europäischen Anforderungen an Recycling und Ressourceneffizienz zu erfüllen. „Wir schlagen daher konkrete Recyclingquoten für die wichtigsten Abfallfraktionen vor, die die kommunalen Entsorgungsunternehmen unter Berücksichtigung der lokalen bzw. regionalen Verhältnisse vor Ort erreichen wollen. Wir erwarten dabei, dass sich auch die anderen für Siedlungsabfälle, insbesondere für die Gewerbeabfälle zur Verwertung, zuständigen Akteure in gleicher Weise ihrer Verantwortung stellen.“

Mit „erforderlichen Entsorgungskapazitäten für mineralische Abfälle aus Sicht der bayerischen Entsorgungswirtschaft“ setzte sich schließlich Stefan Schmidmeyer, Baustoff Recycling Bayern e. V., München, auseinander. Das Potential für Recy-

cling-Baustoffe ist seiner Ansicht nach nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft. Mehr Abfälle könnten aufbereitet und vorhandene Märkte besser bzw. neue Märkte erschlossen werden. „Entscheidend ist, dass eine ausreichende und den Produkteigenschaften entsprechende Nachfrage nach Recycling-Baustoffen geschaffen wird.“

Aber auch wenn durch die gezielte Förderung der Anteil des Recycling wesentlich angehoben werden kann, bleibe die Forderung bestehen, ausreichende Verfüll- und Deponiekapazitäten für die Zukunft zu schaffen, fuhr Schmidmeyer fort. Nicht alle mineralischen Abfälle könnten über das Recycling bautechnisch verwertet oder aber in Bauprodukten wiederverwendet werden, da sie bautechnisch nicht geeignet oder zu hoch belastet („Schadstoffsenke“) seien.

Die Durchsetzung von entsprechenden Standortgenehmigungen zur Verfüllung und zum Bau von Deponien müsse mit Unterstützung der Verwaltung und der Politik in der Öffentlichkeit entsprechend kommuniziert werden. Auch sollten durchaus der Bau und das Betreiben von Deponien der Klasse DK 0 und DK I stärker als bisher für private Unternehmen geöffnet und ermöglicht werden. **DK**



Die hohe Qualität, die durchdachte Konstruktion und das zeitlose Design der Container sprechen für den Zulieferer Paul Wolff. □

Ästhetisch und funktional:

Altglasrecycling mit Unterflur-Sammelsystemen in Frankfurt

Sie fallen nicht auf, denn sie verbergen ihre wahre Größe unter der Erde. Sie halten strengen Umweltkriterien stand, sind wartungsfreundlich, langlebig und barrierefrei. Sie sorgen für Ordnung und Sauberkeit, sind schallisoliert und verhindern die Entstehung von Sichtbarrieren und Angsträumen auf öffentlichen Plätzen. Und sie sind schön anzusehen – zwar nicht im Sinne spektakulärer Hingucker, dafür aber als unauffällige, formal ausgewogene Objekte mit einer klaren funktionellen Formensprache.

Nach zwei Modellprojekten, die im Rahmen des Programms „Schöneres Frankfurt“ realisiert wurden, sollen die unterirdischen Abfallbehälter mit dem schlanken Einwurfgehäuse nun auch an zwei weiteren öffentlichen Plätzen in Betrieb gehen und dort die Aufenthaltsqualität verbessern. Der Abschied von den „blauen Bubbles“, den chronisch überfüllten Metallgehäusen, die bisher das Altglas schluckten, fällt nicht schwer, denn wer vermisst schon die nervende Geräuschkulisse von klirrenden und scheppernden Flaschen, die unangenehmen Gerüche, den beigestellten Unrat und die unübersichtlichen Winkel, die geradezu dazu einladen, beschmiert und mit Graffiti verunstaltet zu werden.

Michael Hootz, Leiter des Projekts „Schöneres Frankfurt“ und bei der Stadt für die Gestaltung öffentlicher Räume zuständig, gibt dem modernen Unterflursammelsystem von Paul Wolff klar den Vorzug und würde es gern an möglichst vielen Orten in der Stadt einsetzen. Leider gibt es damit häufig Schwierigkeiten, wenn unterirdische Leitungen neu verlegt werden müssen. Dann schnellen die Kosten für den Umbau der Infrastruktur in die Höhe. Obwohl die Unterflurcontainer langfristig

betrachtet wirtschaftliche Vorteile haben: Dank ihres großen Volumens sind die Leerungszyklen länger, es sind keine Spezialfahrzeuge dafür notwendig und die Leerung kann im Ein-Mann-Betrieb erfolgen.

Dabei macht es durchaus Sinn, bei dem einmal gewählten System zu bleiben – nicht nur, weil es wirtschaftlich günstiger ist, wenn wiederkehrende Elemente zum Einsatz kommen, sondern auch, weil auf diese Weise bei der Gestaltung von Frankfurts Plätzen eine durchgängige Designauffassung zum Ausdruck gebracht wird.

Doch auch die hohe Qualität, die durchdachte Konstruktion und das zeitlose Design der Container sprechen für den Zulieferer Paul Wolff. Angetan von der Platzersparnis, dem Bedienungskomfort und dem optischen Zugewinn zeigen sich auch die Ortsvorsteher anderer Frankfurter Bezirke: Nachdem am Martin-Luther-Platz und am Buchenrainplatz die ersten Unterflurcontainer installiert worden sind, möchten auch sie den Anwohnern das neue System möglichst bald zur Verfügung stellen. Und ginge es nach Michael Hootz, so sollte es bis Ende des Jahres zehn weitere Unterflurstandorte in Frankfurt geben. □

Ganz Bayern in 60 Minuten.

TV BAYERN

LIVE

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Aktuelle Entwicklungen in der Branche

Breitband-Symposium und Open House der Langmatz GmbH

Beim 4. Breitband-Symposium der Langmatz GmbH im Kongresszentrum Garmisch-Partenkirchen versafften sich über 300 Fachleute aus Deutschland, Österreich und anderen Ländern wertvolle Einblicke in aktuelle Entwicklungen im Bereich Glasfasertechnik und FTTx. An einem zweiten Tag fand im Werk Oberau das Open House mit Partnerfirmen aus der Branche statt. Das Breitband-Symposium mit Open House bei Langmatz hat sich mittlerweile zu einem Branchentreff auf höchstem Niveau entwickelt und wird von den Teilnehmern als wichtige Jahresveranstaltung gewertet.

Die Langmatz GmbH, 1963 gegründet, ist ein mittelständisches Unternehmen mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen, das für die Märkte Energietechnik, Telekommunikation und Verkehrstechnik innovative Systemlösungen entwickelt, herstellt und vertreibt. Mit 320 Mitarbeitern wird ein europaweiter Kundenkreis betreut, bestehend aus Telekommunikationsgesellschaften, Verkehrsbetrieben, Bahnen, Städten, Kommunen und Installationsbetrieben. Als zukunftsorientiertes Unternehmen wurde Langmatz mit vielen Preisen ausgezeichnet. Aktuell ist Langmatz unter den TOP 3 der GreenTec Awards, Europas größtem Umwelt- und Wirtschaftspreis.

Nachdem die zahlreichen Gäste durch Garmisch-Partenkirchens Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer und dem Vertriebsleiter Deutschland der Langmatz GmbH, Dieter Mitterer begrüßt wurden, eröffnete Wolfgang Heer, Geschäftsführer Bundesverband Glasfaseranschluss e. V. (BUGLAS), die Veranstaltung mit seinem Vortrag „Broadband goes sexy – Vermarktung optimieren und damit weiteren Breitbandausbau stimulieren“.

„Wir glauben, dass der Bandbreitenbedarf von Unternehmen und Endverbrauchern weiterhin kontinuierlich ansteigt und damit mittelfristig auch der Take-Up. Kurzfristig können wir bereits selber aktiv den Take-Up beeinflussen“, machte Heer deutlich. Trotz aller Vermarktungsoptimierungen würden nicht alle Anschlüsse selbst vermarktet, weshalb Netze für Wettbewerber geöffnet werden müssten, um die Re-Finanzierung des Netzausbaus weiter voranzutreiben.

Im BUGLAS sind jene Unternehmen zusammengeschlossen, die in Deutschland Glasfaserleitungen direkt bis in Gebäude bzw. Haushalte (Fiber to the Building/Home, FTTB/H) legen und damit zukunftsgerichtet, hochleistungsfähige Kommunikationsnetze mit Bandbreiten von mindestens 100 MBit pro Sekunde errichten und betreiben. Bis Ende 2013 haben die über 60 Mitgliedsunternehmen rund 1,2 Millionen Haushalte direkt angeschlossen. Für 2015 sind rund 1,8 Millionen anvisiert.

Die Datenmengen, die im Internet übertragen werden, wachsen weiter rasant. Die Kapazität der bestehenden Kupferleitungen, mit denen die DSL-Verbindungen betrieben werden, ist aber schon jetzt

nahezu ausgeschöpft. „Die Stadtwerke München verbessern die Münchner Infrastruktur weiter, indem sie München mit Glasfasern erschließen und dadurch eine Hochgeschwindigkeits-Datenaustobahn ermöglichen“, hob Dr.-Ing. Jörg Ochs (SWM) hervor. Über die schnellen Leitungen könnten zukünftig außerdem intelligente Strom- und Gaszähler ausgelesen werden. Im Auftrag der Landeshauptstadt München haben die SWM gemeinsam mit den Partnern M-net und muenchen.de das Projekt M-WLAN gestartet. Vom frei zugänglichen WLAN-Angebot zum Nulltarif profitierten Einheimische und Besucher gleichermaßen.

Bislang haben M-net und SWM bereits rund 32.000 Gebäude, sprich ca. 350.000 Haushalte, zum größten Teil innerhalb des Mittleren Rings mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet - das ist die Hälfte des gesamten Münchner Wohnungsbestands. Das Glasfasernetz mit einer Grabenlänge von ca. 850 Kilometern und einer Faserlänge von 300 Mio. Metern wird vorrangig in Stadtgebieten mit einer relativ hohen Bevölkerungsdichte, mit Nähe zum bestehenden Glasfasernetz und in Neubaugebieten schrittweise und nachhaltig weiter ausgebaut. So ist Ochs zufolge gewährleistet, dass Bau und Betrieb des Netzes wirtschaftlich erfolgen.

„Von Kupfer zu Glas – VDSL2 und Vectoring“ lautete das Vortragsthema von Gerhard Lehmann (Opternus GmbH Optische Spleiss- und Messtechnik). Laut Lehmann ist die schnelle, zielgerichtete Erfassung und Analyse von Impulsaussehen „definitiv die Herausforderung bei der Fehlersuche moderner VDSL-Übertragungssysteme“. Mit dem richtigen Messgerät wie beispielsweise dem EXFO FTB-635 sei eine Impulsausanalyse allerdings kein Problem. Dieses Gerät warte neben spektralen Darstellungsmöglichkeiten des „Hintergrundrauschens“ u. a. mit einer Frequenz- und Zeitsignatur der Störpulse (Impulsaussehen) sowie einer Gesamtdarstellung der Impulsdauer auf.

EXFOs FTB-600 Reihe biete heute schon die Technik von morgen, verdeutlichte Lehmann. Die „große Version“ FTB-635 offeriere die Kupfer-Funktionen des FTB-610 und darüber hinaus umfangreiche DSL-Testmöglichkeiten von ADSL Annex A+B bis VDSL2 mit 30 MHz. Diese Gerä-



Zahlreiche Teilnehmer verzeichneten die Workshops beim Open House der Langmatz GmbH im Werk Oberau.

Diedorf wechselt mit Glasfaser auf die Daten-Überholspur

LEW TelNet und M-net setzen gemeinsam Breitband-Projekte um

Knapp 600 Haushalte, Unternehmen und Gewerbetreibende der Diedorfer Ortsteile Willishausen, Oggenhof und Hausen verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s. Den Bau und den Betrieb des neuen Hochleistungs-Breitbandnetzes in den drei Ortsteilen der Marktgemeinde Diedorf setzen der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net und der Infrastrukturbetreiber LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, gemeinsam um.

Der Baubeginn für das neue Breitbandnetz ist bereits erfolgt. Die Umsetzung des Breitbandprojekts liegt im Zeitplan. Der Breitbandausbau im Westen des Gemeindegebietes Diedorfs wird über das aktuelle bayerische Breitbandprogramm gefördert. An den Investitionen für den Aufbau des neuen Breitbandnetzes beteiligen sich zusätzlich die Marktgemeinde sowie M-net und LEW TelNet.

„Der Aufbau des Glasfasernetzes ist ein weiterer Meilenstein in der Infrastrukturentwicklung unserer Gemeinde. Insbesondere in den Ortsteilen im Westen unseres Gemeindegebietes mussten Unternehmen, Gewerbetreibende und Haushalte bisher mit einem echten Standortnachteil leben: Sie kamen nur mit Schnecken-tempo ins Internet – jetzt schalten wir den Breit-

band-Turbo ein“, sagt Peter Högg, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Diedorf. „Natürlich arbeiten wir daran, auch die Breitbandanbindung in den noch nicht ausgebauten Gemeindeteilen möglichst zeitnah zu verbessern.“

„Der Aufbau des Glasfasernetzes ist ein weiterer Meilenstein in der Infrastrukturentwicklung unserer Gemeinde. Insbesondere in den Ortsteilen im Westen unseres Gemeindegebietes mussten Unternehmen, Gewerbetreibende und Haushalte bisher mit einem echten Standortnachteil leben: Sie kamen nur mit Schnecken-tempo ins Internet – jetzt schalten wir den Breit-

Schneller Zugang auch in Ichenhausen

Auch die 2.400 Einwohner in den Ichenhausener Stadtteilen Deubach, Hochwang und Oxenbronn sowie zahlreiche Unternehmen und Gewerbetreibende in den Gewerbegebieten von Ichenhausen verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von 30 Mbit/s und mehr. Die Deutsche Telekom und LEW TelNet setzen ein gemeinsames Breitbandprojekt um.

oder Kommunen zur Mitbenutzung verpflichtet zu können. Zudem soll auch ein einfacher Zugang zu Mobilfunkmasten der Netzbetreiber geregelt werden.

Im Rahmen einer Werksführung bei Langmatz im Werk Oberau hatten die überwiegend Stadtwerken und Kommunen angehörenden Besucher Gelegenheit, die Kunststoff- und Metallverarbeitung, Lager und Logistik sowie die Montagebereiche zu besichtigen. Neben Produkten für die Glasfasertechnik und Kabelschächten aus Kunststoff stellt Langmatz außerdem Unterflurverteilssysteme mit verschiedenen Ausbauparianten, Sicherungskästen, Hauseinführungen, Signalanforderungsgeräte sowie Produkte für die Funkrundsteuerung her.

Im Praxis-Workshop wurde live der Einbau eines Kunststoffkabelschachtes von Langmatz gezeigt. Anschließend wurde ein Lang-

Risiken und Mogelpackungen

Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Wiesbaden

Die aktuelle Situation des Datenschutzes nach „Charlie Hebdo“ und die internationale Entwicklung des Datenschutzes standen auf der Tagesordnung der 89. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Wiesbaden. Dabei wurde darauf verwiesen, dass der Datenschutz kein Hindernis für Abwehrmaßnahmen, sondern selbst ein identitätsstiftendes Merkmal des Verfassungsstaates ist. Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung müssten sich daran messen lassen, ob sie für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Terrorismus tatsächlich zielführend und erforderlich sind. Ließe man jeden Eingriff in dieses Grundrecht zu, hätten die Terroristen eines ihrer Ziele erreicht.

Mit Blick auf die Stärkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und des Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sowie im Interesse der ungestörten Kommunikation in Wirtschaft und Verwaltung machten die Datenschützer deutlich, dass neben entsprechenden gesetzlichen Regelungen und deren Umsetzung wirksame technische Vorkehrungen erforderlich sind, um elektronisch übermittelte und gespeicherte Daten vor Zugriffen Unberechtigter zu schützen. Schutzbedürftig seien neben der Kommunikation von Privatpersonen auch die geschäftliche Kommunikation von Wirtschaftsunternehmen, die Kommunikation von Berufsgruppen, die besonderen Verschwiegenheitspflichten unterliegen (z. B. Ärzte, Anwälte, Steuerberater) sowie die Kommunikation mit und innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Mit modernen kryptographischen Verfahren zur Verschlüsselung von Daten stünden datenschutzfreundliche Technologien zur Verfügung, die prinzipiell von jedermann genutzt werden können. Einer umfassenden und leicht nutzbaren Verschlüsselung stünden jedoch noch technische und organisatorische Hürden entgegen. Dies führe dazu, dass diese Maßnahmen bisher viel zu selten genutzt werden.

matz-Unterflurverteiler in einem Prüfbecken mit Wasser geflutet. Die Teilnehmer überzeugten sich hier von der Wasserdichtheit durch das Tauchglocken-Prinzip. Großen Andrang erfuhren die beiden Glasfaserworkshops „Seminar zur Fehlervermeidung bei der Glasfaserinstallation“ und „Einführung in das Einblasen von Glasfaserkabeln“.

An sieben Produktinseln konnte man sich zudem über neue und innovative Produkte informieren. Als neuestes Produkt wurde der Glasfaser-Hauptverteiler präsentiert. Nunmehr kann Langmatz alle Komponenten für den Breitbandausbau - vom Central Office bis ins Gebäude - aus einer Hand anbieten. Darüber hinaus präsentierten 13 Partner-Firmen ihre Produkte in einem Aussteller-Zelt auf dem Werkshof, die die Veranstaltung wieder äußerst positiv bereicherten. **DK**

Informationssicherheit und Datenschutz haben den Datenschutzbeauftragten zufolge Gemeinsamkeiten, jedoch gehe die Stärkung der Informationssicherheit vielfach mit Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einher. Dies könne nur aufgrund normenklarer Regelungen zulässig sein, aus denen sich ergibt, welche personenbezogenen Daten für welchen Zweck erhoben, verarbeitet und gespeichert werden. Das vorgelegte IT-Sicherheitsgesetz erfüllte diese Anforderungen nach Auffassung der Datenschutzkonferenz nicht.

Interessenskonflikt

Die Konferenz kritisierte zudem, dass nach dem derzeitigen Gesetzgebungsstand die Informationssicherheit allein den Behörden (z. B. Ärzte, Anwälte, Steuerberater) sowie dem Direktionsbereich des Bundesinnenministeriums überlassen ist. Damit sei bei der Abwägung zwischen Sicherstellung der Informationssicherheit und klassischer Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ein Interessenskonflikt vorprogrammiert.

Der vorgelegte eHealth-Gesetzesentwurf sollte die Chance nutzen, die IT-Nutzung im Gesundheitsbereich datenschutzgerecht auszugestalten. Dies sei bisher nicht der Fall, konstatierten die Datenschützer. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass die gesetzlich zugestandenen Patientenrechte (Auskunft/Löschung von Daten) von Versicherten auch wahrgenommen werden können.

Auch muss nach Auffassung der Konferenz der Gesetzgeber klare Rahmenbedingungen schaffen, inwieweit Berufsgeheimnisträger externe Dienstleister beauftragen dürfen und wie gegebenenfalls die Daten bei diesen Dienstleistern zu schützen sind.

Zudem wurde betont, dass der Einsatz von Systemen zur Datenanalyse („Big Data“) zu Vorhersagen über künftige Straftaten nicht ohne Risiken sei. Er könne zu einer Verschiebung der Eingriffsschwelle von polizeilichen Handlungen im Vorfeld von Gefahren und Straftaten führen.

Die derzeit zum Teil in den Ländern eingesetzten Verfahren riefen diese Risiken zwar nicht hervor, doch könnten geringfügige Änderungen zu einer anderen Bewertung führen, hieß es abschließend. **KI**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Regensburg www.rmd.de

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

/ REGENERATIV

/ MODERN

/ DYNAMISCH

Europäische Metropolregion München e.V.:

Fokus auf Mobilität

EMM-Vorstand beschließt Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre

In Aschheim bei München kamen vor kurzem die Mitgliederversammlung des EMM e.V. sowie Lenkungskreis und Vorstand des Vereins zusammen. Im Mittelpunkt der Versammlungen standen neben den turnusgemäßen Neuwahlen der Vereinsgremien die thematischen Schwerpunkte, an denen der Verein in den kommenden Jahren arbeiten wird. Mit klarem Votum sprach sich der neu gewählte Vorstand für eine Fokussierung auf die Herausforderungen der Mobilität aus.

Wirtschaftlicher Erfolg und das Wachstum der Region rücken Fragen der Mobilität in der Metropolregion München ganz besonders in den Fokus. Im EMM e.V. werden diese seit Vereinsbestehen als zentrale Themen behandelt. Diese Arbeit wird nun weiter intensiviert. Denn, wie Vorstandsvorsitzender und Münchner OB Dieter Reiter es auf den Punkt brachte: „Erst wenn die Voraussetzungen bei der Mobilität geschaffen sind, können wir wirklich an der Siedlungsentwicklung arbeiten.“

Beide Bereiche sind eng miteinander verbunden. Und die Mobilität ist Bedingung, um die Prosperität in alle ländlichen Räume zu tragen, wie der Oberhächinger Bürgermeister und Vorstandsmitglied Stefan Schelle, konstatierte. Mögliche Handlungsfelder im Bereich der Mobilität sind der Infrastrukturausbau, Taktverdichtung und Tangentialverkehre, Tarifvereinheitlichung, Intermodale Verkehrskonzepte, Radschnellwege und Grüne Routen, Car Sharing, Mitfahrangebote und Elektromobilität.

Einheitliche Tarife

Eine der Visionen im Bereich der Tarifvereinheitlichung lautet „Mit einem Ticket durch die ganze Metropolregion“. Seit verganginem Jahr wird an einer Grundlagenstudie gearbeitet, die mögliche Kooperationsformen der Verkehrsverbände in der Metropolregion detailliert untersucht. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Juni 2015 vorliegen und veröffentlicht. An der Ausarbeitung weiterer konkreter Projekte wird

Landratsamt Schweinfurt:

Eine Tagung, die Mut machte

Pflegeeltern und Fachkräfte hat Landrat Florian Töpfer bei einer Tagung im Landratsamt Schweinfurt willkommen geheißen. Veranstalter wurde die Tagung von der Stiftung zum Wohl des Pflegekindes auf Einladung des hiesigen Pflegekinderdienstes. Die Stiftung mit Sitz in Holzminden widmet sich seit 1992 der Verbesserung der Lebenssituation von Pflegekindern.

Rund 80 Teilnehmer, überwiegend aus der näheren Umgebung, aber auch unter anderem aus dem Ruhrgebiet, Hessen und Thüringen, beschäftigten sich mit dem Thema „Hilfen im Umgang mit traumatisierten Kindern“. „Ein Pflegekind bei sich aufzunehmen ist eine ganze besondere Aufgabe. Allen, die diese Verantwortung übernehmen, zolle ich meinen größten Respekt. Ich hoffe, Sie alle können von dieser Tagung wichtige Tipps und Ratschläge mitnehmen“, sagte Landrat Töpfer eingangs.

Die Referentin Hildegard Niestroj, Diplom Pädagogin aus Frankfurt, ist seit vielen Jahren therapeutisch und beratend für Pflegekinder und Pflegefamilien tätig. Sie ist Verfasserin zahlreicher Fachartikel unter anderem zum Thema frühkindliche Traumata und Mitautorin des 5. Jahrbuchs des Pflegekinderwesens.

Niestroj sprach darüber, dass die traumatischen Erfahrungen des Kindes in seiner Herkunftsfamilie den Integrationsprozess in die Pflegefamilie erschweren. Die langanhaltenden Auswirkungen frühkindlicher Traumatisierungen und die daraus resultierenden Belastun-

gen wurden theoretisch erläutert. Im Mittelpunkt des Seminars standen viele Beispiele aus der Praxis und dem Alltag in der Pflegefamilie. In mehreren Arbeitsgruppen setzten sich die Pflegeeltern mit den möglichen Verhaltensauffälligkeiten traumatisierter Kinder auseinander. Unter Berücksichtigung der Sicht des Kindes wurden unterstützende Hilfen erläutert und diskutiert.

Vorstandsvorsitz bestätigt, neue Mitglieder in Vorstand und Lenkungskreis

In die Gremien des EMM e.V. wurden im Rahmen der turnusgemäßen Wahlen einige neue Vertreter gewählt: Im Lenkungskreis des Vereins neu vertreten sind der Landkreis Ostallgäu, die Gemeinde Oberhaching, die Unternehmen Ehret+Klein Real Estate Competence GmbH und Ströer Deutsche Städte-Medien GmbH sowie die FOM Hochschule für Oekonomie und Management. Der Landkreis Ostallgäu, die Gemeinde Oberhaching sowie die Dobler GmbH & Co. KG wurden neu in den Vorstand des EMM e.V. gewählt.

Der Vorsitzende des Vorstands, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, sowie seine beiden Stellvertreter Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München, sowie Prof. Gerd Finkbeiner, Vizepräsident der IHK Schwaben, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Neue Vereinsmitglieder

Im Rahmen der Mitgliederversammlung konnten einige neue Mitglieder begrüßt werden. Unter ihnen befindet sich mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR Oberpfaffenhofen ein prominenter Name. Der stellvertretende Standortleiter Zekerya Ceyhanli, sagte, man freue sich sehr auf die Zusammenarbeit.

„Die facettenreiche Arbeit des Vereins passt zu uns“, so Ceyhanli. Weitere neue Vereinsmitglieder sind die Gemeinden Aying und Odelzhausen, das Unternehmensnetzwerk Munich Network - Netz-



Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben schließt Kooperationsvertrag mit erdgas schwaben

Der Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben und der regionale Energieversorger erdgas schwaben haben eine dreijährige Kooperationsvereinbarung geschlossen. Ein entsprechender Vertrag wurde in Augsburg unterzeichnet. erdgas schwaben gehört seit Jahren zu den Förderern der touristischen Entwicklung der Region gerade im Bereich Rad und E-Bike. Mit der neuen Kooperationsvereinbarung wurde die Zusammenarbeit nun auf eine kraftvolle, breite Basis gestellt.

Unser Bild zeigt das Destinationsmarketing Bayerisch-Schwaben mit Geschäftsführer Bernhard Joachim, Pressesprecherin Ute Rother und Marketingleiterin Anja Mülleger (von rechts) sowie erdgas schwaben mit Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer (Mitte) und Marketingleiter Dr. Christian Blümm. □

Sonderausstellung des Bezirks Schwaben:

Kinder auf der Flucht - 1945 und 2015

Die Sonderausstellung des Bezirks Schwaben „Neustart - Heimatvertriebenen- und Flüchtlingskindheit“ in Schloss Höchstädt (Landkreis Dillingen) erzählt von jungen Menschen und ihren Geschichten. Sie ist vom 1. April bis zum 4. Oktober in den Räumen des Bezirks im Höchstädter Schloss zu sehen.

Auf verschlungenen Wegen gelangten flüchtende Kinder als jüngste Opfer lebensverachtender Kriegswirren nach Schwaben: Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus dem deutschen Osten nach 1945. Aber auch in diesen Tagen des Jahres 2015 kommen wieder Flüchtlingskinder in unserer Region an. Sie fliehen vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat. Diese beiden Generationen von Flüchtlingskindern trennen rund sieben Jahre und es liegen drei, vier Generationen zwischen ihnen. Darüber entstanen sie völlig unterschiedlichen Kulturkreisen. Doch es verbindet sie ein vergleichbares Schicksal. Sie wagen einen Neustart in Schwaben, mit oder ohne ihre Familien.

Laut Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl bestätigt die drängende Aktualität des gegenwärtigen Flüchtlingszustroms „unsere Ausstellungskonzeption, das Thema „Flüchtlingskinder in Schwaben“ in zwei Teilen zu zeigen. Neben der historischen Dokumentation der „Heimatvertriebenenkindheit in Schwaben“ schlagen wir mit diesem gesellschaftsrelevanten aktuellen Bezug eine Brücke in die Gegenwart, um auch den heutigen Kindern, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, eine Plattform zu geben.“

Doch wie stellt man aus, was nicht mehr da ist? Weil die Menschen, um die es geht, alles zurücklassen mussten. Der Ablauf und die Bedingungen der Vertreibung sowie das Eintreffen in der neuen Heimat waren von vielen Faktoren abhängig. Mit dem Kunstgriff der autobiografischen Perspektive wurde der historische Teil der Ausstellung angereichert mit verschiedenen Erinnerungen

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

und Erzählungen einer kleinen Gruppe heute Fünfundsiebzig- und über Achtzigjähriger aus dem ehemaligen Sudetenland, Ostpreußen, Schlesien und der Bukowina. Als sogenannte Flüchtlingskinder waren sie bei ihrer damaligen Ankunft in Schwaben zwischen fünf und elf Jahre alt. Es sind vor allem diese lebendigen Berichte der für die Ausstellung befragten Zeitzeugen, die zum Beispiel auch in einer Hörstation, ein anschauliches Bild vom Gehen, Ankommen und Bleiben entstehen lassen. Neben dieser „Oral History“ dokumentieren herübergerettete Erinnerungsstücke und historische Fotografien zusätzlich den Neustart nach 1945.

Zweiteilige Ausstellung

Für den zweiten, aktuellen Teil der Ausstellung waren unter Anleitung der Augsburger Fotografin Christina Bleier sechs Flüchtlingskinder aus Afghanistan, dem Irak, Syrien, der Ukraine, Serbien und Mazedonien, die in Augsburger Unterkünften leben, in der Stadt unterwegs. Dabei haben sie ihren Alltag selbst fotografisch festgehalten und zeigen damit „ihr Deutschland“. Neben den Fotos wurden aus liebevoll gestalteten und ausgefüllten Steckbriefen große Ausstellungsdisplays erstellt.

Darauf angesprochen, ob es nicht möglich wäre, das Thema Heimatvertriebenenkindheit für eine Ausstellung aufzugreifen, „war gleich klar, dass dies eine der letzten Gelegenheiten ist, noch Zeitzeugen befragen zu können“, begründet die Kuratorin Stefanie Kautz M.A. das Thema. Im Mai 2014 fand dann ein erstes Treffen

Euregio Inntal Preis 2015:

Auszeichnung für innovative Projekte

Bereits seit 2006 verleiht die Euregio Inntal den „Euregio Inntal Preis“, um die Bedeutung grenzüberschreitenden Handelns zu unterstreichen und zu fördern. Im Rahmen einer Feierstunde in der bayerischen Gemeinde Flintsbach ging die Auszeichnung im Beisein zahlreicher Bürgermeister und Behördenvertreter aus Bayern und Österreich an Hildegard Reitberger, Obfrau des Stadttheaters Kufstein und Gemeinderätin der Stadt Kufstein sowie den ehemaligen Geschäftsführer der Euregio Inntal, Walter Weiskopf.

In seinem Grußwort zeigte sich Flintsbachs Bürgermeister Stefan Lederwascher erfreut, dass sich die Euregio Inntal zum Netzwerk für Erfahrungsaustausch und grenzüberschreitende Maßnahmen entwickelt habe. Euregio-Präsident Hubert Wildgruber lud dazu ein, auch weiterhin die verschiedenen Ideen in die „Euregio-Familie“ einzubringen und gemeinsam zu verwirklichen.

Hildegard Reitberger wurde für ihre Verdienste in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kunst- und Theaterbereich ausgezeichnet. Wie Horst Rankl, Präsident des Verbands der Bayerischen Amateurtheater e.V., in seiner Laudatio auf die Preisträgerin hervorhob, gehöre ihre Leidenschaft seit 1974 dem Theater. Bereits 1976 sei Reitberger in den Theaterausschuss des damals noch „Volkstheater Kufstein“ genannten Vereins gewählt worden und habe sich in der Folge im Vorstand engagiert.

Theater als Leidenschaft

Seit 2002 ist Reitberger Obfrau im „Stadttheater Kufstein“ und seit 2010 Bezirksobfrau für die Region Kufstein im Theaterverband Tirol. In dieser Funktion ist sie für alle Bühnen rund um Kufstein zuständig. Als besonderes Anliegen der Preisträgerin hob Rankl „die Zusammenarbeit mit den bayerischen Theaterfreunden“ hervor.

Mit ihrer Wahl zur Gemeinderätin nimmt Hildegard Reitberger seit 2013 auch Einfluss auf das politische Leben Kufsteins und setzt sich als Obfrau des Stadtmarketing-Ausschusses und im Kulturausschuss des Magistrats für die Belange der städtischen Kultur ein.

In seiner Laudatio auf Walter Weiskopf würdigte der stellvertretende Euregio-Präsident Professor Walter Mayr dessen Verdienste um das gute Klima auf bayerischer und Tiroler Seite. Während seiner zehnjährigen Euregio-Geschäftsführertätigkeit

mit Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft statt „und die Idee begann langsam Form anzunehmen. Welche ungeheure Aktualität das Thema Flüchtlinge bekommen sollte, war zu diesem Zeitpunkt so noch nicht abzusehen“, berichtet sie.

Um den Besuchern ein möglichst vielseitiges Erlebnis zu ermöglichen, ist neben Texten, Fotografien und Objekten auch eine Hörstation installiert. Hier können große und kleine Besucher viele Ausschnitte aus den im Gespräch mit Heimatvertriebenen entstandenen Tondokumenten erleben. Beim Ausprobieren eines eigens erstellten Computerspiels kann jeder selbst erfahren, wie es ist, in kürzester Zeit sein bisheriges Leben auf einen Koffer voller Sachen zu reduzieren und sich zu entscheiden, was mitgenommen und was zurückgelassen wird.

Die heutigen Flüchtlingskinder aus den arabischen und afrikanischen Krisenregionen haben nicht nur selbst fotografiert und sind fotografiert worden, sondern alle haben auch einen liebevoll gestalteten Steckbrief ausgefüllt.

Aktuelle Informationen zum Thema Flüchtlingskinder zeigen ergänzend eine Auswahl kindgerechter Filme der UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. □

gestaltete Weiskopf die Zusammenarbeit mit den Kontaktstellen in den Landratsämtern Rosenheim und Traunstein sowie der Bezirkshauptmannschaft Kufstein.

Mit seinem Namen verbinden sich zudem Projekte wie das Bergrettungsnetzwerk, das Projekt Höhlen-Kultur-Erlebnis-Inntal oder das Jugendprojekt. Begleitet hat Walter Weiskopf das grenzüberschreitende Euregio-Projekt „Mehrgenerationenhaus Flintsbach – Tagesbetreuung“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz Kufstein und dem „Christlichen Sozialwerk Degerndorf – Brannenburg – Flintsbach a. Inn“. Darüber hinaus zeichnete der Geehrte verantwortlich für die Betreuung des Tiroler Unterlands durch die Rosenheimer Hagelflieger und die erfolgreichen Euregio Schulmessen. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Mit 100 MBit/s durch Penzberg, Iffeldorf und Antdorf

Telekom-Netz wird mit neuester Technik ausgebaut

Wer gerne schnell im Internet unterwegs ist, kann sich doppelt freuen: Die Telekom baut ihr Netz im Vorwahlbereich 08856 aus und erhöht zugleich das Tempo. Dazu wird das Unternehmen rund 38 Kilometer Glasfaser verlegen und 48 Multifunktionsgehäuse neu aufstellen oder mit modernster Technik ausstatten. Dadurch werden rund 10.000 Haushalte in den Kommunen Penzberg, Iffeldorf und Antdorf bis voraussichtlich Ende 2015 VDSL-/Vectoringfähig.

Vectoring ist ein Datenturbo auf dem VDSL-Netz. Im Vergleich zu einem bisherigen VDSL-Anschluss (Very Highspeed Digital Subscriber Line) verdoppelt sich das maximale Tempo beim Herunterladen auf bis zu 100 Megabit pro Sekunde (MBit/s). Beim Herunterladen vervierfacht sich das Tempo sogar auf bis zu 40 MBit/s. Das hilft beim Austausch von Dokumenten, Fotos und Videos über das Netz. Das neue Netz wird so leistungsstark sein, dass Telefonieren, Surfen im Internet und Fernsehen gleichzeitig möglich sind. Der Ausbau wird komplett von der Deutschen Telekom finanziert.

Steigende Ansprüche

„Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an ihren Internet-Anschluss steigen ständig“, sagt Elke Zehetner, Bürgermeisterin der Stadt Penzberg. „Deshalb freuen wir uns, dass Penzberg jetzt vom Ausbauprogramm der Telekom profitiert. So wird die Attraktivität unserer Stadt auch durch den Breitbandausbau weiter gesteigert.“

„Eine gute Infrastruktur ist die

Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde“, ergänzt Hubert Kroiß, Bürgermeister von Iffeldorf. „Wenn eine solche Infrastruktur, wie von der Telekom auf eigene Kosten zur Verfügung gestellt wird, dann ist das für eine Kommune ein Geschenk.“

Internet als Tor zur Welt

„Das Internet ist das Tor zur Welt. Es ist für Familien und Unternehmen heute unverzichtbar“, ergänzt Klaus Kostalek, Bürgermeister von Antdorf. „Nur die Kommune, die eine gute Infrastruktur besitzt, kann sich erfolgreich um die Ansiedlung von jungen Familien und neuen Unternehmen bemühen.“

„Wir wissen, wie wichtig ein leistungsfähiger Internet-Anschluss ist, deshalb treibt die Deutsche Telekom seit Jahren den Breitband-Ausbau nach Kräften voran“, sagt Andreas Rudloff, zuständig im Infrastrukturbereich der Telekom Deutschland. „Auf dem neuen Netz können wir den Kunden alles aus einer Hand bieten: Telefonie, Internet und Fernsehen.“

Drei Schritte zum schnellen Netz

Was wird jetzt passieren? Die Telekom geht nun in die Feinplanung für den Ausbau. Der Ausbau wird voraussichtlich Mitte 2015 beginnen. Auf der Strecke zwischen der örtlichen Vermittlungsstelle und dem Multifunktionsgehäuse wird dann das Kupferkabel durch Glasfaserkabel ersetzt. Glasfaser ist das schnellste Übertragungsmedium.

Anschließend werden die grauen Kästen am Straßenrand intelligent. Sie werden mit modernster Technik ausgestattet und zu einer Art Mini-Vermittlungsstelle. Hier werden unter anderem die Datenpakete vom Kupferkabel auf die Glasfaser übergeben. Diese sogenannten Multifunktionsgehäuse (MFG) werden über das Ausbaugelände verteilt. Die Entfernung zwischen Kunde und MFG soll möglichst gering sein. Es gilt die Faustformel: Je näher der Kunde am MFG wohnt, desto höher ist seine Geschwindigkeit.

Am Schluss wird die Kupferleitung, die vom MFG zum Kunden führt, mit der Vectoring-Technik schneller. Die neue Technik beseitigt die elektromagnetischen Störungen, die auf der Kupferleitung auftreten. Dadurch ist mehr Tempo beim Herauf- und Herunterladen möglich. □

Amberg:

Die I(i)ebenswerteste Stadt Deutschlands

Die Oberpfälzer Kleinstadt Amberg ist die I(i)ebenswerteste Stadt Deutschlands. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage, durchgeführt vom Internetportal hotel.de. In dem Voting ist die Metropolregion Nürnberg gleich zwei Mal vertreten: mit der Stadt Amberg als Erstplatzierte und mit Bamberg auf Platz fünf. Das Ergebnis ist ein weiterer Beleg dafür, dass in der bis weit in die Oberpfalz reichenden Metropolregion Nürnberg ein Netz von attraktiven „Satelliten“ rund um den mittelfränkischen Ballungsraum Nürnberg für eine hohe Lebensqualität sorgen.

Obwohl er nach eigenem Bekunden nie ernste Zweifel daran hegte, dass Amberg den Titel „I(i)ebenswerteste Stadt Deutschlands“ verdient, freute sich Oberbürgermeister Michael Cerny sehr über den Sieg seiner Stadt: „Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einrichtungen, die uns bei diesem Voting tatkräftig unterstützt haben.“

Das Hotel-Portal hatte vier Wochen lang dazu aufgerufen, an einer Umfrage teilzunehmen und für die deutsche Stadt zu stimmen, die man als lebens- und liebenswerteste sowie schönste Kommune betrachtete. Hotel.de hatte unter den deutschen Klein- und Mittelstädten bis 80.000 Einwohner eine Vorauswahl getroffen und 39 von ihnen zur Wahl gestellt. Über 120.000 Internet-Nutzer gaben ihre Stimme ab.

Für Amberg sprachen sich insgesamt 31.925 User aus und wiesen damit die Stadt Tangermünde (10.000 Einwohner, Sachsen-Anhalt) auf Platz zwei. Rang drei errang die Domstadt Speyer (50.000 Einwohner, Rheinland-Pfalz).

Die Stadt Amberg wird in der Siegermeldung als Kommune vorgestellt, die mit einer der besterhaltenen mittelalterlichen Stadtanlagen Europas und einer romantischen Altstadt beeindruckt. Doch Amberg gelte nicht nur als historisch relevant, heißt es weiter, sondern glänze auch als moderner Wirtschaftsstandort mit namhaften Unternehmen wie Siemens AG, Grammer AG und DEPRAG.

Die Top Ten der I(i)ebenswertesten Städte Deutschlands: 1. Am-

berg 2. Tangermünde 3. Speyer 4. Görlitz (Sachsen) 5. Bamberg 6. Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) 7. Bautzen (Sachsen) 8.

Markt Ergolding:

Einweihung der Deponie Spitzlberg

Der Landkreis Landshut betreibt ca. 6 km nördlich der Stadt Landshut in einer ehemaligen Sand-/Kiesgrube die Reststoffdeponie Spitzlberg. Nach einem Jahr kamen die Bauarbeiten zum Abschluss – Kostenpunkt: 5,2 Mio. Euro. Für eine nachhaltige und sichere Abfallentsorgung für weitere zehn bis 15 Jahre ist somit gesorgt.

In Spitzlberg werden nicht verwert- oder verbrennbare Abfälle aus Stadt und Landkreisen Landshut, Freising, Erding und Regensburg sowie aus dem Bereich des Zweckverbands Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land entsorgt. Dazu zählen zum Beispiel Asbestabfälle, Straßenkehrschutt oder Glaswolle.

Die Reststoffdeponie Spitzlberg, früher Deponie Oberglaum genannt, ist seit 1985 in Betrieb. Damals wurde mit dem ersten Bauabschnitt begonnen. Bis 1991 wurde dieser befüllt. Dort lagern rund 150.000 Kubikmeter Abfälle. Rund drei Viertel davon ist Schlacke aus der ehemaligen Müllverbrennungsanlage Landshut.

Bauabschnitt III wurde 1992 mit einer Kapazität von 370.000 m³ in Betrieb genommen. Er wird jetzt von Bauabschnitt II abgelöst. In seiner ersten Ausbaustufe hat der Bauabschnitt ein Fassungsvermögen von etwa

Celle (Niedersachsen) 9. Wernigerode (Sachsen-Anhalt) 10. Neustadt a. d. Weinstraße (Rheinland-Pfalz)

Die Metropolregion Nürnberg entwickelt sich immer mehr zu einem pulsierenden Zentrum für den Norden Bayerns und weit darüber hinaus. Teil der Metropolregion sind 23 Landkreise und 11 kreisfreie Städte. Sie umfasst eine Fläche von 21.800 km² mit 3,5 Millionen Einwohnern. (obx)

170.000 m³. Mit einer weiteren Ausbaustufe könnten nochmals 380.000 m³ Volumen geschaffen werden. Damit stehen dem Landkreis und seinen Vertragspartnern sichere und nachhaltige Kapazitäten für die Abfallbeseitigung zur Verfügung.

An der offiziellen Einweihung nahmen u. a. Landrat Peter Dreier (Landkreis Landshut), Oberbürgermeister Hans Rampf (Stadt Landshut), Vizebürgermeister Bernhard Pritscher (Ergolding) und Vizelandrat Jakob Schwimmer (Landkreis Erding) teil. Landkreischef Dreier bezeichnete den Ausbau des Bauabschnitts II als eine Investition in die Zukunft. Damit werde auch Verantwortung für nachkommende Generationen übernommen. Schließlich werde Abfallentsorgung immer ein aktuelles Thema bleiben, „auch wenn wir in erster Linie an Abfallvermeidung und Recycling denken sollten.“

DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt werden wir mal sehen, ob ich auf meine alten Tage noch ordentlich Puste habe oder ob dieses Jahr einer der Knirpse Champion im Eier-Ausblasen wird.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hält ja alte Traditionen sehr hoch. Deshalb besucht er jedes Jahr einen Kindergarten, um mit den Kleinen Ostereier bunt und phantasievoll zu bemalen. Erster Teil ist natürlich, die rohen Eier kunstgerecht durch das Ausblasen von Dotter und Eiklar mittels zweier kleiner Löcher am Unter- und Oberrand zu leeren, ohne sie kaputt zu machen.

Das Eierfärben gehört zu den ältesten Bräuchern rund um das Osterfest bei uns in der Gegend. Neben den ausgeblasenen Eiern, die als Schmuck für den Osterstrauch aus Weidenkätzchen dienen, gibt es noch die bemalten gekochten Eier, die traditionell zusammen mit dem

nach dem Rezept meiner Oma, weil der mir zu trocken war, sondern einen, dessen Rezept mir die Mutter einer griechischen Schulfreundin überlassen hat, von der ich auch die Gewohnheit übernommen habe, lieben Menschen zu Ostern rot gefärbte Eier als Glückssymbol zu schenken. Na und? Bräuche können auch auswandern, wie Menschen. Man denke nur an Halloween, das ja auch die ganze Welt erobert hat. Wichtig ist doch nur, dass man überhaupt mit den Festen im Jahreskreis etwas besonders verbindet und sich dann auch darauf vorbereitet, indem man etwas bastelt, kocht oder bäckt, das eben speziell mit diesem Fest oder dieser Jahreszeit verbunden ist und das man nicht im Laden kaufen oder via Internet bestellen kann.

Dabei kommt es auch gar nicht so darauf an, dass es etwas Spektakuläres ist. Manche Dinge wie die herrlichen und faszinierenden Eierbrunnen in der Fränkischen Schweiz sind halt mal einzigartig. Und es wäre doch äußerst merkwürdig, wollte man diesen Brauch, der in dieser wasserarmen Gegend wohl auf heidnischen Quellenzauber zurück geht, etwa ins wasserreiche Oberland oder in die von Teichwirtschaft geprägten Teile der Oberpfalz importieren. Wichtig ist nur zu erkennen, dass jede Gegend etwas Typisches hat, das sich zu erhalten und zu pflegen lohnt.

Altes Brauchtum erhalten!

Osterfladen und einem schönen Schinken in der Kirche geweiht werden. Auch diesen Brauch versuchen wir in der Stadt zusammen mit dem Heimatverein sowie der Pfarrei lebendig zu erhalten und schon den Kita-Kindern nahe zu bringen.

Allerdings wird es immer schwieriger, solch altes und manchmal auch sehr ortsbundenes Brauchtum zu erhalten. Erst diese Tage musste man lesen, dass in Thüringen die spezielle Tradition ausstirbt, zu Ostern einen ganzen Baum mit tausenden Eiern zu schmücken, weil der 78-jährige Mann, der das bis heuer erledigt hat, aus gesundheitlichen Gründen aufhören muss und keinen Nachfolger findet. Viele unserer Kindergartenkinder kommen mit ihren mühevoll selbstgebastelten Eiern heim und müssen feststellen, dass sie diese nirgends dranhängen können, weil die Eltern weder Osterbuschen noch Osterkranz aufstellen. Und beim Färben der gekochten Eier stellen schon die Kleinsten in Frage, ob man sich diese Mühe machen sollte, weil man doch bunte „Brotzeitener“ ganzjährig im Supermarkt kaufen könne.

Ja, man kann zwar Goldhasen und Schokoeier schon ab Februar in den Läden finden, aber nach echten Traditionen rund um das Osterfest sucht man oft vergebens. Gut, ich gebe zu, auch ich backe nicht mehr den Osterfladen

Mein Chef, der Bürgermeister, lässt sich nicht beirren: Unverdorren bleibt er mit den Leitern der Kindergärten und Grundschulen in der Stadt in Kontakt, um den Kindern altes Brauchtum mitzugeben, auch wenn sie es von zu Hause her nicht mehr kennen. Auch kulturelle Grenzen, etwa bei Zuwanderern, sind dann nicht trennend, wenn den jungen Mitbürgern nichts aufgedrückt, sondern ihnen nur erklärt wird, was bei uns der Brauch ist und wieso das die Menschen seit Jahrhunderten so praktizieren. Damit ist Traditionspflege auch mit Zuwanderung und Globalisierung in Einklang zu bringen: Als typische Eigenart der Gegend, in der man lebt. Damit er seinen Schwung und Elan behält, maile ich ihm noch einen Satz von Jean Giono: „Die Welt ist eine optimistische Schöpfung. Beweis: Alle Vögel singen in Dur.“

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich gesegnete Ostern!

the Sabriul

Neues RufTaxi im Landkreis Fürstentfeldbruck

Ab 1. April 2015 wird der Öffentliche Personennahverkehr im Landkreis Fürstentfeldbruck noch attraktiver, denn das neue RufTaxi nimmt seinen Betrieb auf. MVV und Landkreis haben für das ehrgeizige Projekt mit dem Verkehrsunternehmen Zeiler GmbH aus München einen engagierten und zuverlässigen Vertragspartner gefunden. Fahren wird das RufTaxi zu den Zeiten, in denen keine Busse unterwegs sind, also vor allem Abends und Nachts bis zum frühen Morgen und natürlich auch am Wochenende und an Feiertagen.

Vorerst wird es sechs neue Linien geben, die sich ab Fürstentfeldbruck wie Sektoren an den bestehenden wichtigsten MVV-Regionalbuslinien orientieren, nämlich RufTaxi-Linie 8000 Fürstentfeldbruck Stadt/Emmering, RufTaxi-Linie 8200 Landsberied/Jesenwang/Adelshofen/Moorenweis, RufTaxi-Linie 8400 Alling/Schöngeising/Grafrath/Türkenfeld, RufTaxi-Linie 8700 Maisach/Egenhofen/Pfaffenhofen a. d. Glonn, RufTaxi-Linie 8800 Mammendorf/Oberschweinb./Hattenhofen/Altheim/Mittelstetten.

Ein besonderes „Zuckerl“ bietet dabei die RufTaxi-Linie 8100: Hier kann zeitsparend, direkt und bequem zwischen den S-Bahnhöfen Fürstentfeldbruck, Maisach, Mammendorf, Gröbenzell, Puchheim, Germering-Unterpffenhofen und Grafrath gefahren werden und somit tangential zwischen den S-Bahn-Strecken S3, S4 und S8. Selbstverständlich können die Fahrten aller sechs RufTaxi-Linien, wie auch im Bus- und Bahnverkehr, mit entsprechenden Anschlussfahrten kombiniert werden.

Vor allem die Integration in den MVV-Tarif wird viele Zeitkarten-

kunden freuen. Wer für die mit der RufTaxi-Fahrt benötigten Tarifzonen schon eine gültige Wochen-, Monats- oder Jahreskarte, z. B. für MVV-Regionalbus oder S-Bahn, besitzt, braucht künftig keinen gesonderten Fahrpreis mehr zu bezahlen. Dies gilt natürlich auch für Tageskarten, wenn diese den Tarifraum der RufTaxi-Fahrt abdecken.

Übrigens wird schon an Erweiterungen gearbeitet. So soll bis Jahresende das Stadtgebiet Germering als neue Linie 8500 in das RufTaxi-System mit aufgenommen werden. Die Städte Olching und Puchheim sowie die Gemeinde Gröbenzell sind für 2016 über die Linie 8300 in der Planung und werden bis dahin noch vom aktuellen Anrufsammeltaxi ASTO versorgt.

Damit das MVV-RufTaxi auch zuverlässig kommt, ist ein Anruf mindestens 45 Minuten vor Fahrtbeginn erforderlich. Die kostenfreie Telefonnummer lautet: 0800 – 360 52 00 und ist Montag bis Freitag von 17:30 bis 5:45 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztags erreichbar. Infos über www.mvv-muenchen.de/ruftaxi □

Hopfenland Hallertau:

Neuer Tourismusverein

Im Rahmen einer konstituierenden Sitzung im Deutschen Hopfenmuseum in Wolnzach ist der Verein Hopfenland Hallertau Tourismus e.V. gegründet worden. Er löst die bisher bestehenden Tourismusorganisationen ARGE Hopfenland Hallertau, Tourismusverband Hallertau e.V. und Tourismusverein Hopfenland Hallertau e.V. ab.

Der neue Vereinssitz wird in Pfaffenhofen a. d. Ilm sein. Zum 1. Vorsitzenden wurde Landrat Martin Wolf aus Pfaffenhofen a. d. Ilm, zum 2. Vorsitzenden Landrat Dr. Hubert Faltermeier aus Kelheim gewählt. Insgesamt besteht die Vorstandschaft des neuen Vereins aus zwölf Personen.

Landrat Wolf bedankte sich für das Vertrauen, das dem Pfaffenhofener Landkreis entgegen gebracht wurde: „Wir werden uns anstrengen, die Kräfte der vier Hopfenlandkreise bestmöglich zu bündeln.“

DK

Kommunen mit Modellcharakter

Bayerischer Qualitätspreis 2015 geht an Deggendorf, Rednitzhembach, Schierling und WestAllianz München GbR

Gemeinsam mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck und dem fachlichen Betreuer des Wettbewerbs Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Wildemann hat Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer die Gewinner des Bayerischen Qualitätspreises 2015 in der Residenz München prämiert. Insgesamt wurden zehn bayerische Unternehmen und drei bayerische Gemeinden gewürdigt, die herausragende Leistungen im Bereich Qualität und Qualitätsmanagement aufweisen. Zum 3. Mal wurde auch ein Sonderpreis für wirtschaftsfreundliche und innovative Kooperationsprojekte mehrerer Kommunen mit Modellcharakter vergeben.

„Mit exzellenten Qualitätsstandards überzeugen bayerische Produkte und Dienstleistungen Kunden weltweit. Dieses Höchstmaß an Qualitätsbewusstsein sichert die Attraktivität des bayerischen Wirtschaftsstandorts. Dazu leisten die Preisträger einen großen Beitrag“, unterstrich Pschierer. Der Staatssekretär dankte den Gemeinden, die sich zur Wirtschaftsfreundlichkeit bekennen. Diese habe nicht nur etwas mit Unternehmerfreundlichkeit zu tun, sondern umfasse viele Bereiche des gemeindlichen Handelns. Standortqualität sei in den Kommunen ein wesentlicher Schlüssel für unternehmerische Erfolgsgeschichten. Das Streben nach Qualität sei

keine Tagesarbeit, sondern müsse sich über Jahre hin erstrecken.

Juryvorsitzender Prof. Wildemann vom Forschungsinstitut für Unternehmensführung, Logistik und Produktion der Technischen Universität München, meinte: „Wer entscheidende Entwicklungen verpasst oder wer zu zögerlich ist, der hat es später mitunter schwer und muss hinnehmen, dass andere schneller sind - und oft auch besser! Der Fokus auf Qualität und Qualitätsmanagement zahlt sich aus!“

Als eine von drei „wirtschaftsfreundlichen Gemeinden“ erhielt die Große Kreisstadt Deggendorf den Bayerischen Qualitätspreis. Wie Staatssekretär Pschierer bei

der Verleihung an Oberbürgermeister Dr. Christian Moser hervorhob, werde die Stadt Deggendorf ausgezeichnet für ihre besondere Wirtschaftsfreundlichkeit und Lebensqualität. Durch die aktive Unterstützung von Firmenansiedlungen, die Förderung der Elektromobilität und den Ausbau des Breitbandinternets setze die Stadt Maßstäbe bei der Innovationsförderung. Durch die Einbindung in Kooperationen zur Wirtschaftsförderung wie die Europaregion Donau-Moldau oder die Wirtschaftsregion Donaustädte würden auch oberhalb der kommunalen Ebene Vorteile für Unternehmen realisiert. Die konsequente Nutzung der günstigen Donaulage über sehr gute Verkehrsverbindungen wie den Hafen biete angesiedelten Unternehmen eine ausgezeichnete Infrastruktur.

Mit dem Qualitätspreis wurde zudem die mittelfränkische Gemeinde Rednitzhembach bedacht. Wie Laudator Tilmann Schöberl (Bayerischer Rundfunk) erläuterte, biete Rednitzhembach frei nach dem Leitgedanken „Bei uns ist immer was los“ ihren Bürgern ein umfassendes Veranstaltungs- und Kulturprogramm. Auch Unternehmen profitierten von der hohen Lebensqualität für ihre Mitarbeiter, was der Gemeinde einen nachhaltigen Standortvorteil sichert. Zudem sei die Gemeinde seit über zehn Jahren

schuldenfrei. Trotz der hierfür benötigten Haushaltsdisziplin seien in den letzten Jahren umfangreiche Modernisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt worden.

Rednitzhembach erschließt dabei nicht nur Gewerbe- sondern auch Wohnflächen. Doch ohne eine funktionsfähige Infrastruktur bringen auch die besten Flächenangebote nichts. Deshalb hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren eine konsequente Sanierung der Ortsstraßen vorangetrieben und das ohne die finanzielle Belastung der Anlieger.

Schöberl: „Überhaupt haben sich in den vergangenen 22 Jahren weder Steuern noch Gebühren für Bürger und Unternehmen erhöht. Eine einmalige Leistung! Zusammen mit dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und einer Erhöhung der Lebensqualität für die Bürger ergibt sich ein rundes Bild, das weiche und harte Standortfaktoren kombiniert und die Wirtschaftsfreundlichkeit der Gemeinde unterstreicht.“

Aufgrund hervorragender Ergebnisse in allen Qualitätskriterien wurde auch der Markt Schierling in der Oberpfalz ausgezeichnet. Urkunde und Glaspyramide nahmen auf der Bühne Bürgermeister Christian Kiendl und Geschäftsleiter Fritz Wallner entgegen. Rathauschef Kiendl stellte heraus, dass der Preis nicht Verdienst einzelner, sondern des gesamten Teams und nicht das Ergebnis von wenigen Jahren, sondern die Frucht einer über Jahrzehnte konsequent und kontinuierlichen qualitätsvollen Arbeit sei.

„Schierling - Vorsprung zieht an!“ So lautet die Leitidee des Marktes Schierling, die zusammen mit den Bürgern entwickelt



Einer der Preisträger, Deggendorfs OB Dr. Christian Moser (2. v. l.) gemeinsam mit (v. l.) Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Wildemann, Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer.

worden ist und einen permanenten Ansporn für das gemeindliche Handeln darstellt. Diese wird von der Kommune durch den Ausbau des Breitbandinternetangebots sowie durch eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur, ein breites Angebot für Familien und alle Generationen, kulturelle Vielfalt und einen ausgezeichneten Freizeitwert unterstrichen. Der Markt Schierling zeichnet sich durch einen breiten Branchenmix an Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben aus. Die konsequente Öffentlichkeitsarbeit und das professionelle Beschwerdemanagement bieten ansässigen Unternehmen kurze Wege und einen direkten Draht zur Verwaltung.

Der Sonderpreis 2015 für wirtschaftsfreundliche und innovative Kooperationsprojekte mehrerer Kommunen mit Modellcharakter ging schließlich an die WestAllianz München GbR mit den beteiligten Gemeinden Bergkirchen, Maisach, Karlsfeld, Odelzhausen, Pfaffenhofen a. d. Glonn und Sulzemoos. Die WestAllianz überzeugt als

dynamischer Wirtschaftsstandort mit starken Branchen-Cluster, hoher Lebensqualität und einem vielseitigen Naherholungsangebot. Aktuelle innovative Projekte sind das Ende 2014 gestartete RufTaxi, das die ÖPNV-Anbindung in Sulzemoos, Pfaffenhofen und Odelzhausen verbessert, das Projekt „Lebenswert Karlsfeld“ in der neuen Mitte Karlsfeld, wo insgesamt knapp 200 Wohneinheiten verschiedener Größenkategorien und größere Einzelhandelsflächen entstehen, der Breitbandausbau in der Gemeinde Karlsfeld sowie die „Neue Mitte“ in Maisach, in dessen Ortszentrum ein ehemals landwirtschaftlich genutztes Areal umgenutzt wird.

Auf ca. 7.000 m² Grundstücksfläche werden Einzelhandels- und Gewerbeflächen, 53 Wohneinheiten sowie ein Ärztehaus mit Apotheke entstehen. Der Spatenstich erfolgte im September vergangenen Jahres, die Fertigstellung des Bauprojekts ist bis Herbst/Winter 2016 geplant. DK

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 23. April 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Out-Sourcing · Facility Management
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenlorengraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 81 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.
Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Die alternative Energieberater

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.
www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG